

ila

Dossier Nov. 2023

fdcl

Forschungs- und
Dokumentationszentrum
Chile-Lateinamerika e.V.



Gewalt – überwinden

„Tödlichste Region der Welt: Warum in Lateinamerika die Gewalt regiert“, titelt die FAZ 2022. Von der „gefährlichste(n) Region der Welt“ spricht auch die FR 2019. „Lateinamerika und Karibik sind die gefährlichsten Regionen für Frauen“, wusste der Spiegel bereits 2017.

Die Schlagzeilen geben treffend wieder, was in den Statistiken zu finden ist: In keiner Region außerhalb von Kriegsgebieten sterben mehr Menschen einen gewaltsamen Tod. Die Feminizidraten sind die höchsten weltweit, Migrant*innen sterben auf der Flucht, nirgends werden mehr Umwelt- und Menschenrechtsaktivist*innen, mehr Journalist*innen ermordet als in Lateinamerika.

Weite Teile des Kontinents werden vom organisierten Verbrechen heimgesucht, das ganze Städte und Landstriche kontrolliert.

Die Vorstellungen eines Kontinents der Gewalt haben sich ins Gedächtnis eingegraben, sie werden befeuert von einer sensationalistischen Berichterstattung und aufwändig produzierten Netflixserien über Drogenkartelle und ihre Narco-Kultur; wir kennen die Bilder der marodierenden Jugendbanden aus Zentralamerika, die martialischen Polizeieinsätze in den Favelas von Brasilien. Für Zwischentöne bleibt nur wenig Platz. Die Probleme scheinen klar auf der Hand zu liegen. Warum also ein Dossier über Gewalt? Wissen wir nicht schon alles darüber? Kennen wir nicht

schon alle Geschichten? Wir denken nein. In der üblichen Berichterstattung werden viele wichtige Fragen nicht gestellt. Woher kommt und wem nützt diese Gewalt, die uns medial als scheinbar chaotisches Ereignis über alle Kanäle entgegen flimmert? Was übersehen wir womöglich, wenn wir der medialen Gewaltdarstellung kritiklos Glauben schenken? Was ist mit den (direkt) Betroffenen? Ertragen sie ergeben ihr Schicksal, oder haben sie Strategien entwickelt, um sich und andere zu ermächtigen?

Wir werden in dem Dossier keine abschließende Definition davon geben, was unter dem facettenreichen Phänomen der Gewalt zu verstehen ist. Aber wir nähern uns einigen möglichen Erklärungen an, indem wir zunächst auf die mediale Darstellung von Gewalt und die Strukturen blicken. Anschließend fragen wir nach Erklärungsansätzen. So arbeitet die argentinisch-brasilianische Soziologin Rita Segato in ihrem Beitrag die Verbindungen zwischen kolonialer und patriarchaler Gewalt sowie zwischen Körper und Territorium heraus. Außerdem unternehmen wir den Versuch, darauf zu schauen, welche Antworten in der Region auf die allgegenwärtige Gewalt gesucht und gefunden werden. Einige dieser Ansätze kommen von „oben“, wie das Friedenskonzept vom „Paz total“ der kolumbianischen Regierung. In Kolumbien wird

Dossier: Gewalt – überwinden

- 4 **Der Körper der Frauen als Territorium des Krieges**
Straflosigkeit als Spektakel, Grausamkeit als Botschaft
von Rita Laura Segato
- 7 **Drogenkrieg – ein falsches Paradigma**
Eine andere Lesart der „Narco“-Gewalt in Mexiko
von Oswaldo Zavala
- 11 **Fakenews, Inszenierung und Spektakel**
Medienmacht und das Framing von Gewalt im chilenischen Fernsehen
von Leonel Yáñez Uribe
- 13 **Das „Modell Bukele“ ist kein Wunder**
Permanenter Ausnahmezustand sorgt für Friedhofsruhe in El Salvador
von Lya Cuéllar
- 15 **Die Gewalt geht von der Regierung aus**
El Salvador: Interview mit der Menschenrechtsverteidigerin Zaira Navas
von Lena Voigtländer
- 17 **Paz Total in Kolumbien?**
Der Weg zum kompletten Frieden ist noch lang
von Stefan Peters
- 20 **Die Polizei sollte nicht die fehlenden Lösungen der Politik ausbügeln müssen**
Interview mit Óscar Ramírez, Leiter der kolumbianischen Menschenrechtsvereinigung CSPP
von Britt Weyde
- 22 **Die eigene patriarchale Vorgeschichte kann jederzeit zum Vorschein kommen**
Bolivien: Interview mit der Psychologin Fanny Guzmán
von Peter Strack

aktuell auch versucht, eine der Institutionen zu reformieren, die für das Gewaltmonopol des Staates zuständig ist: die für ihre Verstöße gegen die Menschenrechte in den letzten Jahren viel kritisierte kolumbianische Polizei. Auch autoritäre Regierungen haben sich auf die Fahnen geschrieben, Gewalt in ihren Ländern zu beenden. Zu welchem Preis dies in El Salvador vorangetrieben wird, analysieren wir am Beispiel des „Modell Bukele“.

Den größten Teil des Dossiers wollten wir jedoch den Ansätzen von „unten“ einräumen, von sozialen Bewegungen oder direkt Betroffenen. Manche dieser Strategien gegen Gewalt sind umfassender als andere. Manche sind zu einem gewissen Grad erfolgreich, manche weniger. Alle brauchen einen langen Atem. Selbstorganisation ist dabei ein Schlüsselement, sei es bei den afro-honduranischen Garífuna und der Verteidigung ihrer Territorien oder bei der indigenen Gemeinschaftspolizei im mexikanischen Guerrero und ihrem Widerstand gegen die Organisierte Kriminalität.

Eine weitere Gemeinsamkeit, auf die wir immer wieder gestoßen sind: Die Gewaltverhältnisse, denen sich Kollektive, Initiativen, Bündnisse, Gemeinschaften, kulturelle Zentren etc. mit ihrer Arbeit an der Basis entgegenstellen, sind zutiefst patriarchal geprägt. Deshalb wenden sich einige der vorgestellten Beispiele explizit gegen

patriarchale, sexualisierte Gewalt oder hegemoniale Männlichkeit. Was zu tun bleibt ist indessen, nicht nur einzelne Männer zu immunisieren, die das herrschende Männerbild nicht mitmachen (wollen), sondern die Gesellschaft als Ganzes auf ihre patriarchale Logik der Unterwerfung und Zerstörung abzuklopfen und deren Produktions- und Reproduktionsweise zu verändern. Das können einzelne Kollektive sicher nicht leisten.

Die meisten Ansätze zielen auf den Titel unseres Dossiers ab: Gewalt – überwinden. Eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung mit diesen Ansätzen halten wir für lohnenswert. Nicht nur im Hinblick auf die Verhältnisse in Lateinamerika, sondern auch auf die verrohten derzeitigen Verhältnisse hierzulande. Verhältnisse, die dadurch geprägt sind, dass dem menschenverachtenden Diskurs rechter und konservativer Parteien nichts entgegengesetzt wird, sondern der Kanzler von „Abschiebung im großen Stil“ schwadroniert und die EU durch Zäune und Lager in Nordafrika das Recht auf Asyl für Geflüchtete immer weiter aushebelt. So stoppt man nicht, so stärkt man die Vertreter*innen von Unterwerfung und Zerstörung. Entschlossener Widerstand gegen diese Diskurse und Maßnahmen, die Nährboden und Legitimation für neue Gewalt darstellen, ist auch hier dringend vonnöten.

inhalt ■

- 24 Gefahr von allen Seiten**
Ein Gespräch zur Gemeinschaftspolizei in Guerrero, Mexiko
von *Britt Weyde*
- 26 Mehr als „my body, my choice“**
Mit Stift und Papier gegen patriarchale Gewalt
von *Mirjana Jandik*
- 28 Transgenerationale Erinnerungen**
Die Gewalt der Diktatur in Chile ist Jahrzehnte später noch präsent
von *Ximena Goecke*
- 30 Dem Teufel näher als dem eigenen Gott**
Kirchenskandal wegen sexualisierter Gewalt gegen Minderjährige in Bolivien
von *Peter Strack*
- 32 Sicherheit für wen?**
Strategien gegen Polizeigewalt in São Paulo
von *Vinicius Mendes*
- 34 Das ist unser Land**
Garífuna kämpfen gegen systematischen Landraub und Gewalt
von *Steffi Wassermann*
- 36 Bewusste Männlichkeiten wählen**
Caballito de Mar aus Kolumbien hinterfragt Männlichkeit kritisch
von *Evelyn Linde*
- 38 Hier dürfen sich alle beteiligen**
Empowerment für die urbane Jugend von Caracas
von *Steffi Wassermann*
- 40 Impressum** Titelfoto: Humano Salvaje CC BY-SA 2.0 deed



Mahnmal für die Feminizide in Ciudad Juárez

Foto: LOSE

Der Körper der Frauen als Territorium des Krieges

Straflosigkeit als Spektakel, Grausamkeit als Botschaft

Ein Dossier über Gewalt und Strategien dagegen muss zeigen, dass die herrschende Gewalt zu tiefst patriarchal ist und gesellschaftliche Machtverhältnisse widerspiegelt und gleichzeitig verstärkt. Die argentinisch-brasilianische Soziologin Rita Segato, die unter anderem durch ihre Analyse zu den Frauenmorden im mexikanischen Ciudad Juárez bekannt wurde (siehe ila 290), arbeitet die Verbindungen zwischen kolonialer und patriarchaler Gewalt sowie zwischen Körper und Territorium heraus. An dieser Stelle veröffentlichen wir Auszüge aus Rita Segatos Beitrag im Sammelband „Geographie der Gewalt“.

VON RITA LAURA SEGATO

Wir sprechen von einer Welt, in der es nicht mehr genügt, von Ungleichheit zu sprechen. Ich denke, die heutige Welt lässt sich am besten durch eine Welt der Eigentümer¹ darstellen. Sie ist von Eigentümerschaft, das heißt von herrschaftlichem Besitz geprägt. Wir leben in einer Art groß angelegter Refeudalisierung der Welt, mit viel größeren Lehnsgütern als denen des Mittelalters. Der gemeinsame Raum wird hier praktisch abgeschafft oder ist im Begriff, zu verschwinden.

Ciudad Juárez und Ayotzinapa – das Spektakel der Straflosigkeit

Ich habe Straflosigkeit diskutiert, seit ich begann, mich mit Ciudad Juárez auseinanderzusetzen. Meiner Meinung nach haben Ayotzinapa² und Ciudad Juárez die gleiche Struktur.

Denn genau genommen ist es nicht so, dass es einfach ein „Problem der Straflosigkeit“ gibt, sondern dass die ermordeten Frauen in Ciudad Juárez und die Verschwundenen in Ayotzinapa „Spektakel der Straflosigkeit“ darstellen, was genau das Gegenteil ist. Mit diesen Formen der Gewalt gegen Kollektive von Menschen soll der Gesellschaft und dem Staat gezeigt werden, dass es Eigentümer bestimmter Territorien gibt, in denen sie Straflosigkeit genießen und willkürlich richterliche Funktionen ausüben. Ich glaube, dass das Verbrechen ein Ziel ohnegleichen verfolgt. In diesem Kontext ist die Sinnlosigkeit so offensichtlich, dass – wie ich schon oft argumentiert habe – das Motiv eher expressiv, kommunikativ als instrumentell begründet ist. Ein Beispiel dafür sind die Entführungen von Mädchen in der U-Bahn von Mexiko-Stadt. Eine erste – dem gesunden Menschenverstand zugängliche – Interpretation lautet, es handelt sich um Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel. Aber denken wir einen Moment darüber nach: Wenn beabsichtigt wird, jemanden für den Menschenhandel einzuspannen, wird nicht auf eine solch spektakuläre Aktion zurückgegriffen. Dann rekrutiere ich anders, an einem anderen Ort, nicht in der U-Bahn von Mexiko-Stadt. Damit komme ich zu meinem Punkt: Das Spektakel der Straflosigkeit ist die Absicht, nicht das Problem. Es ist eine Bedeutungsumkehrung. Deshalb darf die Straflosigkeit nicht verschwinden, denn die Art und Weise, die Menschen zu kontrollieren, besteht darin, deutlich zu machen: Es gibt Eigentümer, Herrscher über die Gerichtsbarkeit, und diese „Lords“ oder „Gebieten“ gehen aufgrund dieser „Eigentümerschaft“ straffrei aus. Es gilt, den Menschen dies

1) Rita Segato benutzt das generische Maskulinum.

2) Der Fall, bei dem am 26. September 2014 43 Studenten einer linken Hochschule für Lehramtsanwärter brutal überfallen und entführt wurden, sorgte international für Aufmerksamkeit. Bis heute steht Ayotzinapa sinnbildlich für die Verstrickung von Behörden und organisiertem Verbrechen und ihr brutales Vorgehen gegen soziale Bewegungen.

genauso zu vermitteln und es an die Öffentlichkeit zu bringen. Den Menschen muss diese Eigentümerschaft über das Territorium klargemacht werden. Es handelt sich dabei um „Verbrechen gegen die Gerichtsbarkeit“. Diesen Unterschied zwischen instrumenteller und expressiver Gewalt versuche ich deutlich zu machen. Die vorherrschende Denkweise betrachtet Gewalt als instrumentell: Sie richtet sich gegen etwas. Dagegen betone ich, dass es sich bei Verbrechen gegen Frauen um kommunikative, expressive Gewalt handelt. Denn bei der Gewalt gegen Frauenkörper greife ich nicht einen kleinen Soldaten der bewaffneten gegnerischen Seite an. Es ist keine rein kriegerische Instrumentalisierung im traditionellen Sinne. Das Verbrechen ist stattdessen eine Aussage, Teil einer Botschaft. Was wird dabei kommuniziert? Eben die Herrschaft über die Gerichtsbarkeit, die in der Straflosigkeit der Eigentümer klar zum Ausdruck kommt. Auf diese Weise wird die Grausamkeit in Form einer Botschaft isoliert.

Im Allgemeinen werden Frauen und auch Kinder als Unschuldige im Kriegsgeschehen angesehen. Im archaischen Imaginären werden sie nicht wie Soldaten als Kriegssubjekte betrachtet, die in den bewaffneten Truppen agieren. Aus Sicht der öffentlichen Meinung ist die Grausamkeit, die ihren Körpern angetan wird, eine Grausamkeit, die im eigentlich kriegerischen Sinn nutzlos ist. Daher muss ihr Nutzen ein anderer sein. Der Krieg hat sich jetzt feminisiert, in dem Sinne, dass die neuen Kriege auf den Körpern der Frauen ausgetragen werden.

Der Frauenkörper als Kriegsterritorium

Wie auch Carlos Beristain in diesem Band darlegt, wird mit dieser Art von Gewalt das Vertrauen des gegnerischen Lagers zerstört. Schon bei anderen Vorträgen habe ich den Vergleich mit einem Ingenieur angeführt, der Untersuchungen anstellt und identifiziert, wo der Sprengstoff platziert werden muss, damit ein Gebäude implodiert und zusammenbricht. Mit wenig Sprengstoff, mit wenig Aufwand, aber am neuralgischen Punkt, im Gravitationszentrum des Gebäudes. So ist es auch mit dem Körper der Frauen in einem gemeinschaftlichen Netzwerk, in einem durch das binäre Verständnis von Geschlecht strukturierten Kontext. Die Schändung der Tempel, der Weisen und der

Frauen greift das Gravitationszentrum der Gemeinschaft an. Damit bricht das Selbstvertrauen des Kollektivs zusammen. Das der Gruppe Stabilität verleihende soziale Gefüge löst sich auf. Das Misstrauen wird übertragen. Es wird direkt im Kanon des Miteinanders in der Gemeinschaft und an den Frauen ausgetragen, wodurch diese ein weiteres Mal zu Opfern werden. Somit zerbricht die für den Zusammenhalt der Gemeinschaft elementare eheliche Reziprozität, durch die die Frauen und Männer ihre Reproduktionsfähigkeit für den Fortbestand der Gemeinschaft bereitstellen. Hier gilt es zu verstehen, dass die Ehe in einer indigenen bäuerlichen Gesellschaft eine völlig andere Struktur und Bedeutung hat als die Ehe in einer Gesellschaft von Individuen, wie etwa in Mitteleuropa. Was dort zerstört wird, ist der gegenseitige Austausch zwischen dem Körper der Frau und dem des Mannes im Sinne von paradigmatischen Rollen der gemeinsamen Fähigkeit, die Gemeinschaft zu reproduzieren. Das ist es, was mit der Schändung der Frauenkörper als kollektiv-ethnische Rechtsnorm zerbricht.

Sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe

Als ich ein Gutachten über den Fall Sepur Zarco³ in Guatemala erstellt habe, sind wir auf ein an Soldaten gerichtetes Handbuch zur Kriegführung gestoßen. Neben Soldaten galt es auch für Mitglieder paramilitärischer Einheiten, die unter der indigenen Bevölkerung rekrutiert wurden. Vergewaltigung ist bei den indigenen Völkern keine gängige Praxis, ebenso wenig wie in der muslimischen Welt. Das heißt, nicht in allen Zivilisationen äußern sich das Patriarchat und seine Gewalt auf dieselbe Weise. Daher muss die Vergewaltigung trainiert werden. In diesem Handbuch heißt es dazu: „Diejenigen Soldaten, die Skrupel in Bezug auf die Körper von Frauen und Kindern haben, müssen trainiert werden, um diese Skrupel zu verlieren.“ Später, 1986, als es zu einer Unterbrechung dieses Krieges und des Genozids an



„Wir Frauen stehen immer in der ersten Reihe.“

3) Während des guatemaltekischen Bürgerkrieges wurde 1982 in der Nähe der Maya Q'eqchi-Gemeinde Sepur Zarco ein Militärstützpunkt eingerichtet, in den die Soldaten Frauen aus der Gemeinde verschleppten. Sie wurden äußerst gewalttätig behandelt und vielfach vergewaltigt. Dieser Versklavungszustand dauerte sechs Jahre. Im Jahr 2011 reichten 15 überlebende Frauen Klage gegen Militärangehörige ein. Der Prozess endete im Februar 2016 mit der Verurteilung von zwei ehemaligen hochrangigen Militärs zu insgesamt 360 Jahren Haftstrafe wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dieses Urteil erkennt erstmals an, dass sexualisierte Gewalt in einem bewaffneten Konflikt systematisch als Kriegswaffe eingesetzt wurde.

den indigenen Völkern Guatemalas (diese Bezeichnung ziehe ich vor) kam und die Menschen aus den Bergen herunterkamen, vergewaltigten einige Soldaten weiterhin Frauen. Ihnen wurde gesagt: „Nein, jetzt dürft ihr nicht mehr vergewaltigen, denn das ist vorbei.“ Anders ausgedrückt: Es gab einen Befehl zur Vergewaltigung und einen Befehl, nicht mehr zu vergewaltigen. Es hat also einen Befehl zur Vergewaltigung als Kriegsstrategie gegeben. Somit wird Vergewaltigung zu einer kriegerischen Verhaltensweise, die den Anweisungen im Handbuch folgt. Dabei liegt der Fokus auf den Frauenkörpern als ein Mittel, um das Gebäude des sozialen Zusammenhalts in diesen Gemeinschaften zum Einsturz zu bringen. Des Weiteren geht es darum, der Welt die herrschende absolute, irrationale und willkürliche Straflosigkeit vor Augen zu führen. Dies geschieht ebenso im Fall von Ciudad Juárez und Ayotzinapa. So gesehen dürfen weder die Gewalt noch die Straflosigkeit ein Ende finden, da der Zweck dieser Verbrechen gerade darin besteht, zu zeigen, dass es absolute Eigentümer von Gerichtsbarkeiten gibt.

Das Mandat der Männlichkeit aufbrechen, die Politik feminisieren

Abschließend möchte ich eine Geschichte über gemeinschaftsbasierten Widerstand hinzufügen. Es geht um die Stadt Buenaventura an der kolumbianischen Pazifikküste. Die Stadt soll zum Zentrum des transpazifischen Freihandelsabkommens (TPP/CPTPP) werden (dessen Mitgliedschaft die vormalige Regierung Kolumbiens anstrebte, Anm. d. Red.). Dazu gehört ein Projekt zum Bau von drei Häfen und einem Hotelsektor für die Unternehmer, die ihre Exporte und Importe über diese Häfen abwickeln werden. Buenaventura ist ein Schauplatz enormer Gewalt, die darauf abzielt, das Gebiet für den Bau dieser beiden Komplexe – Häfen und Hotels – freizumachen und somit die Vertreibung der dort lebenden Menschen zu erzwingen. Betroffen sind Schwarze Gemeinschaften entlang der gesamten kolumbianischen Pazifikküste. Sie haben ein verfassungsmäßiges Recht darauf, die riesige Landfläche der kolumbianischen Pazifikküste zu bewohnen. Obgleich der Verfassungsartikel nicht im Detail geregelt ist, darf diese Bevölkerungsgruppe kraft Gesetzes nicht aus der Region vertrieben werden. Daher besteht der einzige Weg, sie zu verdrängen, in Gewalt, Grausamkeit und Schrecken. Es ist ein Krieg gegen die Menschen, der von angeheuertem kriminellen Banden geführt wird. Die Formen der Grausamkeit sind extrem.

Als ich auf einem Seminar in Buenaventura sprach, stand ein Mädchen aus dem Publikum auf und fragte mich: „Wie können wir diesen Krieg beenden?“ Ja, natürlich! Dieser Krieg konnte nicht durch einen Pakt wie dem zwischen der kolumbianischen Guerilla FARC und dem Staat beendet werden. Denn es gab keine eindeutig identifizierbaren Parteien – nur die Banden und die Menschen. Dies ist zweifellos eines der herausragendsten Merkmale der neuen Kriegsformen: Es

gibt weder einen Anfang noch ein Ende des Krieges, weder eine Kriegserklärung noch einen Waffenstillstand. Auch die Kriegsparteien oder Verantwortlichen für den Krieg sind nicht klar auszumachen. Aus diesem Grund fragte das Mädchen: „Wie kann ein solcher informeller Krieg beendet werden?“ In diesem Moment begann ich vor den Seminarteilnehmern laut über etwas nachzudenken. Hier zeichnete sich eine Antwort ab, die bis heute ein neues Kapitel in meiner theoretischen Reflexion aufgeschlagen hat: „Die einzige Möglichkeit, diesen Krieg zu beenden, besteht darin, das Mandat der Männlichkeit zu dekonstruieren.“

Ein Mandat, das Männer hervorbringt, die als Arbeitskräfte für diesen und alle Kriege rekrutiert werden. Das heißt, es gilt die Art und Weise, in der ein Junge sozialisiert und zu der Überzeugung gebracht wird, dass seine Männlichkeit von seinem Kriegspotenzial abhängt, zu demontieren. Das Mandat impliziert auch, dass diese jungen Männer bereit sind, in diesem und anderen Kriegen frühzeitig zu sterben. Nur wenn wir das Mandat der Männlichkeit aufbrechen, deartikulieren, dekonstruieren und neue Formen der Männlichkeit schaffen, werden wir in der Lage sein, Kriegen ein Ende zu setzen.

Das war meine Antwort, und ich glaube, es ist möglich. Daran glaube ich, weil ich in meinem Land auf der Straße oft Männern aus allen Altersstufen und sozialen Schichten begegne, die ich nicht kenne und noch nie gesehen habe, die mich jedoch grüßen und mir danken. Daraus schließe ich, dass das Projekt der Dekonstruktion von Männlichkeit im Gange ist. Und zwar genau in dem Sinne, von dem Mandat der Männlichkeit, das Männer und Frauen zu Opfern macht, abzurücken, sich seines zu entledigen und ihm nicht zu gehorchen.

Gleichzeitig kündigt die Feminisierung der Politik, die Explosion und enorme Präsenz von Frauen auf der Straße, das Ende einer Ära und den Beginn einer weiblichen Politizität an. Diese ist eng mit dem Gemeinschaftlichen, der Wiederherstellung der Gemeinschaft, eines sich erneuernden Gewebes der gemeinschaftlichen Bindungen verknüpft. Das begann sehr deutlich in Argentinien, später bei den chilenischen Frauen und schließlich in vielen anderen Ländern. Diese Feminisierung der Politik ist die Zukunft der Politik in Lateinamerika.

#MeToo in den Vereinigten Staaten richtet sich an den Staat, und das aussagende Subjekt ist das „Ich“: „me too“. Der Slogan „Ni una menos“ [Nicht eine weniger] der lateinamerikanischen Frauen richtet sich an die Kollektivität, an das „Wir“ als aussagende Subjekte (nicht eine weniger von uns) und an einen Wandel, der sich in der Gesellschaft vollziehen wird. Alle Versuche, durch eine bewaffnete Revolution oder durch Wahlen die Macht in einem Staat zu ergreifen, um die Geschichte vom Staat aus neu auszurichten, sind gescheitert. Alle, ohne Ausnahme. Daher spricht dieses „Ende der Ära“ von einer Domestizierung der Politik, von einer Transformation des Lebens in der Gesellschaft, und das geschieht gerade. Es geschieht jetzt. ■



Drogenkrieg – ein falsches Paradigma

Eine andere Lesart der „Narco“-Gewalt in Mexiko

Foto: Yonico CC BY-SA 3.0

Mexikos Gesellschaft leidet unter einem bewaffneten Konflikt, der häufig als „Drogenkrieg“ bezeichnet wird. Der mexikanische, in den USA lehrende Kulturwissenschaftler Oswaldo Zavala findet diese Bezeichnung überaus problematisch. Zavala erlangte mit seinem 2018 erschienenen Buch: „Los cárteles no existen: Narcotráfico y cultura en México“ (Die Kartelle gibt es nicht: Drogenhandel und Kultur in Mexiko) große Beachtung, in dem er zeigte, wie der Drogenhandel von der mexikanischen Politik als Ablenkungsmanöver von eigenen Misserfolgen und zur Entpolitisierung staatlicher Gewalt eingesetzt wird. In diesem Artikel beschreibt Zavala, wie der Diskurs vom „Drogenkrieg“ systematisch konstruiert und genutzt wird, um den massiven Einsatz des staatlichen Sicherheitsapparates zu rechtfertigen. Und wie diese Militarisierung dazu dient, die Ausplünderung der natürlichen Ressourcen zu ermöglichen. Die Gründe für die mexikanischen Gewaltverhältnisse sind in der Tat zu vielschichtig, um sie auf Bandenkriege zu reduzieren. Im Hinblick auf die komplexen Beziehungen zwischen organisierter Kriminalität, Wirtschaft, Politik und Bevölkerung bietet Zavala eine mögliche Lesart an.

VON OSWALDO ZAVALA

Am Morgen des 19. September 2019 wurden Informationen über eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen Drogenhändlern des „Cártel del Noreste“ (Kartell des Nordostens) und staatlichen Sicherheitskräften an der Grenze zu Nuevo Laredo im Bundesstaat Tamaulipas in den lokalen und sozialen Medien publik. In der offiziellen Presseerklärung der Behörden von Tamaulipas hieß es, acht „sicarios“ (Auftragsmörder*innen), fünf Männer und drei Frauen, seien in einem gepanzerten Pick-up-Truck getötet worden, nachdem sie die Polizei angegriffen hatten, die sich daraufhin verteidigte. Auf den Fotos, die die Behörden zur Verfügung stellten und die in den sozialen Medien zirkulierten, trugen die angeblichen „sicarios“ militärische Uniformen mit der Abkürzung „CDN“ (für Cártel del Noreste). Drei Tage später meldete sich Cassandra Treviño, die 18-jährige Tochter eines der getöteten Männer, öffentlich zu Wort: Ihr Vater Severiano sei zu Hause von Polizeikräften entführt, schwer misshandelt und dann dazu gezwungen worden, sich in seinem Schlafzimmer eine Militäruniform anzuziehen, dieselbe, die er auch bei seinem Tod wenige Stunden später trug. Cassandra war dabei, mit ihrem Baby auf dem Arm,

und wurde ebenfalls geschlagen. Sie wurde aufgefordert, das Haus zu verlassen und nicht zurückzuschauen, sonst würden sie und ihr Kind sterben. Das Menschenrechtskomitee von Nuevo Laredo, eine zivilgesellschaftliche Organisation, interviewte weitere Zeug*innen mit ähnlichen Vorwürfen zu den anderen getöteten „sicarios“ und erhob daraufhin öffentlich Anklage: Das ganze Massaker sei inszeniert worden, um eine weitere Episode des mexikanischen Drogenkriegs zu fabrizieren. Eine Woche später entschied der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCR) den Fall zu untersuchen, der in manchen Medien schon als „falsos positivos“ bezeichnet wurde (in Anspielung auf dieselbe Methode in Kolumbien, wo die Armee zwischen 2002 und 2010 circa 10 000 Zivilist*innen entführte, erschoss und dann die Leichen der Presse als im Kampf getötete Guerilleros präsentierte). In einem ungewöhnlichen politischen Manöver beschloss die von der Regierungspartei Morena dominierte Mehrheit im Senat die formelle Auflösung der Landesregierung von Tamaulipas und die Einsetzung einer Interimsregierung. Dabei sprach sie von der Tötung von acht „Bürger*innen“ und nicht von acht „sicarios“ und bezeichnete die ganze Aktion als extralegale Hinrichtung, die eine Folge der veränderten mexikanischen Sicherheitspolitik sei. Schließlich hatte Präsident López Obrador am 30. Januar 2019, etwa acht Wochen nach seinem Amtsantritt, verkündet, den „Drogenkrieg“ beenden zu wollen. Am 28. Februar stimmte der Kongress fast einstimmig für die Einführung einer Nationalgarde unter zivilem Kommando. Innerhalb von fünf Jahren soll sie sämtliche militärische Sicherheitsaufgaben übernehmen. Gemäß seinem Wahlversprechen, alle Anti-Drogen-Maßnahmen zu entmilitarisieren, stellte sich López Obrador damit offen gegen die herrschende nationale Sicherheitsdoktrin. Er schlug vor, illegale Drogen zu entkriminalisieren, sowie eine Amnestie für alle, die minder schwere Verbrechen nach den geltenden Anti-Drogen-Gesetzen begangen hatten.

Die „gemeinsamen Strategien“ im sogenannten Drogenkrieg

Das führte, wie zu erwarten war, zu einer starken Gegenreaktion der Gouverneure, der zentralen Bundespolizei, der Polizeikräfte der Bundesstaaten und vor allem der mexikanischen Armee. Sie forderten die sofortige Rücknahme aller geplanten Befriedungsmaßnahmen. Die Zeitschrift *Proceso* wies darauf hin, dass die simulierte „Narco“-Schießerei in Nuevo Laredo nur neun Tage nach einem Appell des Gouverneurs von Tamaulipas, Francisco Javier García Cabeza de Vaca, an Präsident Manuel López Obrador stattfand, in dem er sich für eine „gemeinsame Strategie, um Gewalt und Unsicherheit zu beenden“ aussprach. Der Begriff „gemeinsame Strategie“

hat eine zentrale Bedeutung in Mexikos jüngerer Geschichte. Im Jahr 2006 erhöhte Präsident Felipe Calderón die öffentlichen Ausgaben für Sicherheit beträchtlich. Das war verbunden mit einer Militarisierung auf allen Ebenen, die als „Krieg gegen die Drogen“ organisiert wurde; sie bestand aus einer landesweiten Operation mit 13 „gemeinsamen Strategien“ zwischen der Bundesregierung und den vom Drogenhandel am stärksten betroffenen Bundesstaaten. Der genaue Zeitpunkt der Militarisierung der einzelnen Regionen ist umstritten. Jedoch gibt es auf Grundlage offizieller Daten eindeutige Beweise dafür, dass der Einsatz von Tausenden von Soldaten und Polizeibeamten einen jahrzehntelangen Abwärtstrend bei den Tötungsdelikten im ganzen Land beendete und zu einem dramatischen Anstieg der Gewalt in den Regionen führte, die von den Bundesstreitkräften besetzt waren.

Die Forderung des Gouverneurs von Tamaulipas nach einer weiteren „gemeinsamen Strategie“, erinnert daher an die Logik des Drogenkriegs der Vorgängerregierung. Möglicherweise war die Konfrontation zwischen angeblichen „sicarios“ und staatlichen bewaffneten Kräften ein Versuch, López Obradors Befriedungspolitik zu sabotieren. Zumindest war es eine immer wiederkehrende Praxis unter früheren Regierungen, dass die Armee die Leichen der Drogenhändler präpariert und zur Schau stellt. So wurde Arturo Beltrán Leyva, der 2009 bei einer landesweit im Fernsehen übertragenen Razzia getötet wurde, übersät mit Dollarscheinen und einer Schweinemaske auf dem Gesicht gezeigt. Joaquín „El Chapo“ Guzmán wurde nach seiner Festnahme 2016 mehrfach auf erniedrigende Weise der Presse vorgeführt.

Während sich López Obrador öffentlich für die Entmilitarisierung des Landes einsetzt, steigt die Gewalt weiter. Kürzlich berichtete das *Wall Street Journal*, dass der mexikanische Präsident auf Druck der USA der mexikanischen Marine die Befugnis erteilt habe, den Kampf gegen die Drogenkartelle wieder aufzunehmen. Ob seine Regierung die Militarisierung tatsächlich weiterführt, bleibt unklar. Der Bericht des *Wall Street Journals* folgt jedenfalls der offiziellen Logik des „Drogenkrieges“, die mit der Militarisierung eingesetzt hatte. Er beschreibt den Anstieg der Gewalt ge-



Foto: APOBISTOCK / SKILLS N GEAR

In den Mainstream-Medien in Mexiko werden die Kartelle oft als Hornissennest bezeichnet. „Ungebildete dunkelhäutige Männer, die unkontrolliert in die Zivilgesellschaft stechen, wenn ihr ‚Hornissennest‘ gestört wird.“

nau für das Jahr, in dem die ersten „gemeinsamen Strategien“ eingeführt wurden. Es werden darin „Kartelle“ für die gesamte Gewalt verantwortlich gemacht: ungebildete dunkelhäutige Männer, die unkontrolliert in die Zivilgesellschaft hineinstachen, nachdem ihr „Hornissennest“ gestört worden war, so die Darstellung in den Mainstream-Medien.

Die Kartelle als verlängerter Arm extraktivistischer Unternehmen

Mexikos „Drogenkrieg“ muss als Bezeichnung für die militärische Besetzung herhalten, mit der weite Teile des Landes für transnationale extraktivistische Ausbeutung erschlossen werden. Der italienische Journalist Federico Mastrogiovanni war einer der ersten, der die von der Regierung angewandte Praxis des gewaltsamen Verschwindenlassens und der Vertreibung als Mittel zur ungehinderten Energiegewinnung im Norden Mexikos anprangerte. Mastrogiovanni untersuchte unter anderem, wie es möglich ist, dass nach offiziellen Angaben das „Los Zetas“-Kartell – eine abtrünnige ehemalige Militäreinheit – Tamaulipas kontrolliert, während transnationale Unternehmen und die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Staates dort Megaprojekte zur Erschließung des weltweit viertgrößten Schiefergasvorkommens im sogenannten „Burgos-Becken“ vorantreiben. In Interviews mit Vorständen und Ingenieur*innen von Energiekonzernen zeigte Mastrogiovanni, wie transnationale Unternehmen befreundete autoritäre Regierungen dabei unterstützen, bewusst soziale Unruhen zu schüren, um ganze Regionen zu entvölkern und so jede Möglichkeit des Widerstands auszuschalten. Die Gewalt lohnt sich: Schätzungen zufolge sind die Gasvorkommen im Nordosten Mexikos größer als die Eagle- und Perm-Becken der USA zusammen.

Im Bundesstaat Coahuila brachte der mexikanische Journalist Ignacio Alvarado das Verschwinden von fast 2000 Menschen mit einer offiziellen „Strategie in Verbindung, die darauf abzielt, Landbesitzer*innen und Viehzüchter*innen von ganzen Landstrichen zu vertreiben, die reich an Gas, Kohle und Wasser sind“. Die Proceso-Reporter Mathieu Tourliere und Arturo Rodríguez folgten den Geldströmen bis zur kalifornischen Grenze und dokumentierten, wie sich der in San Diego ansässige transnationale Konzern Sempra Energy durch politischen Druck und die systematische Missachtung von Vorschriften und Umweltgesetzen beider Länder Investitionen für den Bau der Los-Ramones-Pipeline sicherte. Es handelt sich dabei um eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte zur Förderung von Schiefergas aus dem Burgos-Becken. Ein Teil der Pipeline wurde auf kommunalem Land in Tamaulipas verlegt, mitten in dem Gebiet, das unter der Kontrolle der „Los Zetas“ stehen soll. Wenn wir die Standorte der Extraktionsprojekte mit den Orten vergleichen, wo militärische Einheiten den „Drogenkrieg“ geführt haben, stellen wir fest, dass sie in denselben nordöstlichen Regionen Mexikos liegen, mit dem Bundesstaat Tamaulipas in ihrem Epizentrum.

Die Wissenschaftlerin Guadalupe Correa-Cabrera ist der Ansicht, dass das Kartell „Los Zetas“ als verlängerter Arm transnationaler Interessen agiert, wobei die Kriminellen keineswegs die Hauptakteure sind, sondern als paramilitärische Truppe unter enger Anleitung der politischen und wirtschaftlichen Eliten von Tamaulipas und der Nachbarstaaten agieren. Dieses Modell, so Correa-Cabrera, kann man in allen Gebieten beobachten, die unter der Kontrolle sogenannter „Kartelle“ stehen: die „Caballeros Templarios“ im Bundesstaat Michoacán, die „Guerreros Unidos“ in Guerrero und das „Cártel Jalisco Nueva Generación“ im Bundesstaat Jalisco.

Landenteignung durch massive gewaltsame Vertreibung ist nicht nur das Ergebnis einer neoliberalen Politik, die Arbeitsgesetze, ökologische Vorgaben oder Landreformen ignoriert. Vielmehr wird sie durch einen militarisierten Staat durchgesetzt, der im Namen der „nationalen Sicherheit“ Territorien für den Extraktivismus entvölkert und vorbereitet.

Im Jahr 2006 wurde auf Druck der USA das Land militarisiert. Mexiko erklärte einen „Krieg gegen die Drogen“ und begann mit einer gewaltsamen Form der Enteignung mithilfe seiner eigenen Streitkräfte. David Harveys Konzept der „Akkumulation durch Enteignung“ wird hier zur „Enteignung durch Militarisierung“. Harvey konstatiert, dass für das Prinzip der ursprünglichen Akkumulation „der Kapitalismus notwendigerweise und immer sein eigenes ‚Anderes‘ erschafft“, das heißt, die äußeren Grenzen des Systems müssen sich verschieben in Richtung neue, zuvor für die Ausbeutung unzugängliche Gebiete, um dort durch Enteignung Mehrwert zu generieren. Der Drogenhandel wurde in den 1980er-Jahren unter der Regierung von Ronald Reagan zur globalen Bedrohung der „nationalen Sicherheit“ hochstilisiert. Mit diesem Manöver wurde das Feindbild des internationalen Kommunismus durch die allgegenwärtige Präsenz der „Kartelle“ ersetzt. Diese Umlenkung fand zu einem Zeitpunkt statt, als neoliberale Reformen in Lateinamerika einsetzten.

Unter den Regierungen von Calderón (2006–2012) und Peña Nieto (2012–2018) wurden die letzten gesetzlichen Bestimmungen zur Aufrechterhaltung des kommunalen Landbesitzes, die seit der mexikanischen Revolution in Kraft geblieben waren, im Nebel des „Drogenkriegs“ fast vollständig unterlaufen. Der verfassungsmäßige Schutz konnte den Vormarsch des transnationalen Kapitals nicht mehr aufhalten, als ganze Gemeinden von „Drogenkartellen“ vertrieben wurden, die die staatliche Souveränität herausforderten, indem sie das für Rohstoffprojekte geeignete Land gewaltsam entvölkerten.

Der Fall der Familie LeBaron und die mexikanischen Lithiumvorkommen

Ein weiteres Beispiel für diesen Prozess ereignete sich am 4. November 2019, als drei Frauen und sechs Kinder der Familie LeBaron – einer Mormonenkolonie, die seit den 1920er-Jahren im nördlichen Bundesstaat Chihuahua ansässig ist – brutal

ermordet und ihre Leichen auf einer unbefestigten Straße im angrenzenden Bundesstaat Sonora verbrannt wurden. Da die LeBarons die US-Staatsbürgerschaft besaßen, wurde die Geschichte in den Mainstream-Medien als grausamer Mord an einer „US-amerikanischen Familie“ dargestellt. Dabei wurde die Tatsache außer Acht gelassen, dass die Opfer in Mexiko geboren worden waren und bereits mehrere Generationen der Mormonenfamilie mit doppelter Staatsbürgerschaft in der Region lebten. Das Massaker wurde in den Medien schnell als „Hinterhalt eines Drogenkartells“ dargestellt, ohne dass forensische Beweise oder polizeiliche Ermittlungen vorlagen. Der damalige US-Präsident Donald Trump lieferte einen Tag nach dem Vorfall auf seinem Twitter-Account die komplette „nationale Sicherheits“-Erzählung und bot der mexikanischen Regierung die „Hilfe“ eines US-Militäreinsatzes in Mexiko zur Bekämpfung der „Drogenkartelle“ an.

Wochen später wurde die geopolitische Tragweite des Falles deutlich: Genau an der Grenze zwischen den Bundesstaaten Chihuahua und Sonora, wo das Massaker stattfand, befindet sich das möglicherweise größte Lithiumvorkommen der Welt. Lithium ist ein wertvolles Mineral, das wegen seiner Verwendung als Batterie für Elektronik, Autos, Flugzeuge und sogar Raumfahrzeuge als „Öl der Zukunft“ bezeichnet wird und bei Energiekonzernen auf der ganzen Welt sehr begehrt ist. Ersten, noch nicht verifizierten Schätzungen zufolge könnte das mexikanische Lithiumvorkommen, das bereits von der kanadischen Firma Bacanora Lithium und dem chinesischen Unternehmen Ganfeng Lithium erkundet wird, 243 Millionen Tonnen umfassen. Damit wären die mexikanischen Lithiumvorkommen möglicherweise 11-mal größer als die bolivianischen Reserven. Wenige Tage nach den Morden beschlossen über 100 Mitglieder der Familie LeBaron, Mexiko zu verlassen und vorübergehend in die USA umzusiedeln.

Wenn das Diktum des 19. Jahrhunderts lautete, „Regieren heißt bevölkern“, predigt der Neoliberalismus des 21. Jahrhunderts „Extraktivismus heißt entvölkern“. Als Wissenschaftler*innen neigen wir dazu, Zwangsumsiedlungen als Nebenprodukt des illegalen Drogenhandels zu betrachten, obwohl sie in Wirklichkeit Hauptstrategie und alltäglicher Mechanismus der neoliberalen Regierungsführung sind. Wir denken sie nicht zusammen, weil Energie, Sicherheit und Migration weiterhin als getrennte Objekte gelten und auch in der akademischen Forschung so gesehen werden. Die Geschichte des „Drogenhandels“, des „Drogenkrieges“ und der „Narko-Kultur“ – wie wir sie verstehen – ist Teil der Geschichte des Neoliberalismus in Mexiko. Aber diese Geschichte beginnt nicht mit dem Entstehen der „Kartelle“, sondern mit der tiefgreifenden Umwandlung Mexikos von einem Wohlfahrtsstaat zu einem neoliberalen, militarisierten Staat. ■



Foto: Aboulo Moreno via Flickr CC BY-NC-SA 2.0

„Im Fernsehen wirst du nichts über Polizeigewalt erfahren“

Im chilenischen TV wird der Darstellung von Gewalt zunehmend mehr Zeit eingeräumt. Damit verschleiern die großen Medienkonzerne die wahren Ursachen der sozialen Ungleichheit.

VON LEONEL YÁÑEZ URIBE

Die Beziehung zwischen Gewalt und Sensationslust hat in der Geschichte der Medien und des Journalismus eigene Sendeformate mit hohen Einschaltquoten hervorgebracht. Das chilenische Fernsehen zeichnet sich zunehmend dadurch aus, dass es mehrere Stunden seiner täglichen Sendezeit auf die Themen Kriminalität und Drogenhandel sowie städtische Gewalt, einschließlich häuslicher Gewalt, konzentriert. Dabei werden auch soziale Proteste und alles, was das neoliberale Regime in Frage stellt, als kriminell dargestellt. Medienforscher*innen beobachten, dass legitime Handlungsformen sozialer Bewegungen in den Medien immer wieder diskreditiert werden. Dabei wird ein Widerspruch zwischen öffentlicher Sicherheit und Protest aufgemacht. Dieses Thema hat sich die chilenische Rechte auf die Fahnen geschrieben, allen voran die extreme Rechte und insbesondere die vom ehemaligen Präsidentschaftskandidaten José Antonio Kast angeführte Republikanische Partei. Diverse Studien belegen zudem, dass Fernsehprogramme mit Gewaltdarstellungen einen Einfluss auf die psychische Gesundheit und die Aggressivität von Kindern haben. Gegenwärtig verwendet das chilenische Fernsehen häufig Aufnahmen, die von Überwachungskameras im öffentlichen Raum gemacht werden, in Informationsprogrammen wie Nachrichtensendungen oder politischen Diskussionsrunden, aber auch in den als „Matinees“ bezeichneten Sendungen, die vormittags laufen.

Fakenews, Inszenierung und Spektakel

Medienmacht und das Framing von Gewalt im chilenischen Fernsehen

Durch eine Erzählung, bei der der spektakuläre Charakter der Nachricht Vorrang vor dem Inhalt hat, zeichnet sich eine Tendenz zur Erzeugung von Emotionen wie Angst, Unsicherheit oder Ungewissheit ab. In diesem Sinne haben Nachrichtensendungen oft eher Unterhaltungs- als Informationscharakter. So laufen minutenlange Aufnahmen von „portonazos,“ (Autodiebstähle bei der Ankunft zu Hause) und „encerronas“ (Autodiebstähle unterwegs) über den Bildschirm.

Die chilenischen Sender unterscheiden sich nicht in ihrem Nachrichten- und Unterhaltungsangebot. Jeder Sender hat seine eigene Morgensendung und üblicherweise werden Themen wiederholt, insbesondere kriminelle Ereignisse vom Vortag. Wie eine im Auftrag des Consejo Nacional de Televisión durchgeführte Studie¹ zeigt, wird meist versucht, die Topmeldung mit „direkter Gewalt und Tragödie“ zu verbinden.

Die Marktkonzentration der chilenischen Medien

Die chilenische Medienlandschaft ist ein hochgradig konzentrierter Markt, der sich vor allem an Einschaltquoten und Werbeeinnahmen orientiert. Aufgrund der kaum vorhandenen Regulierung und der Nichtexistenz öffentlicher Medien – einzige Ausnahme ist Televisión Nacional de Chile TVN, – spiegelt die chilenische Medienlandschaft den Einfluss konservativer Eliten wider.

Das staatliche chilenische Fernsehen muss sich paradoxerweise per Gesetz selbst finanzieren und braucht somit Werbekunden, um konkurrenzfähig zu sein. Das führt dazu, dass TVN dazu tendiert, wie auch die privaten Kanäle ein „Unterhaltungsprogramm“ anzubieten, das weit entfernt ist

von einem qualitativ hochwertigen und vielfältigen Programm. Aus diesem Grund tauchen kulturelle Angebote wie Musik, Theater, künstlerischer Film und Dokumentarfilme praktisch nicht im Programm auf.

Das Eigentum an den chilenischen Medien liegt in den Händen weniger großer Wirtschaftskonglomerate. Dies gilt für den Printbereich, der weitgehend von einem Duopol der konservativen Konzerne El Mercurio und COPESA dominiert wird, als auch für die Radio- und Fernsehlandschaft. Auf gesetzlicher Ebene wird jedes Medium (Radio, Fernsehen, Print) von verschiedenen Gremien reguliert. Beim Fernsehen überwacht der Nationale Fernsehrat (CNTV) die Programmgestaltung der frei empfangbaren und der Pay-TV-Kanäle. Er legt ethische Normen fest, sanktioniert schlechte Praktiken und erweckt damit den Eindruck, dass er das ordnungsgemäße Funktionieren der TV-Kanäle gemäß der Verfassung überwacht.

Die Zunahme von Falschinformationen

In letzter Zeit gewinnt der Einsatz von Falschmeldungen zunehmend an Bedeutung. Dabei geht es um manipulierte Informationen, wie bei der Ermordung des Bewohners einer Mapuche-Gemeinde, Camilo Catrillanca, durch die uniformierte Polizei „Carabineros“ im November 2018. Hier verbreiteten Medien schnell die Version der Polizei, Catrillanca sei im Zuge einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Mapuche-Aktivist*innen und der Polizei gestorben. Später informierten die Justiz und einige alternative Medien, dass Catrillanca tatsächlich auf einem Traktor arbeitete, als er von einem tödlichen Schuss getroffen wurde. Ähnliches geschah



Foto: Leonila Yáñez

1) Ossa, C; Arancibia, J.P. (2012): „La calidad en géneros informativos y de entretenimiento no ficcional. Lenguajes e identidades“. Consejo Nacional de Televisión (CNTV). Chile. 2012

Foto: Proteste an der Plaza de la Dignidad in Santiago im Zuge der sozialen Revolte ab Oktober 2019. Der Wolkenkratzer im Hintergrund gehört der Telekommunikationsholding Telefónica/Movistar.

beispielsweise im Kontext der sozialen Revolte (ab Oktober 2019). So wurde im Zuge der Proteste im Fernsehen über vermeintliche Plünderungen in einem Stadtviertel berichtet. Die dabei unterlegten Archivbilder stammten jedoch aus einem anderen Kontext. Auch bei dem sich an die Revolte anschließenden verfassungsgebenden Prozess wurden über die Fernseh-Wahlwerbung Falschnachrichten und Falschinformationen verbreitet.

In den letzten zehn Jahren war der Fernsehmarkt großen Veränderungen unterworfen, immer dann, wenn die Medien versuchten, mithilfe von Multimediastrategien mit verschiedenen Formaten ein größeres Publikum im Internet zu gewinnen.² Auch die traditionellen Massenmedien entwickeln Multimediastrategien, um ihre Marktposition auszubauen. Das Streaming von Fernsehen wird zunehmend wichtiger, auch Radiosender bringen ihre Programme als Video-Podcasts ins Internet. Die Einführung des digitalen Fernsehnetzes (Red de Televisión Digital Terrestre – TDT) bedeutet, dass jeder Fernsehsender über drei weitere frei empfangbare digitale Kanäle verfügt. Dies führt zu einem exponentiellen Wachstum der Zirkulationsformen von Diskursen in der Berichterstattung.

Das Oligopol der chilenische Fernsehindustrie: Ein Knebel für die Meinungsfreiheit

Die Studie „Medienkonzentration in der chilenischen Fernsehindustrie“ stellt fest, dass „die Eigentumsverhältnisse und die Finanzierung des chilenischen Fernsehens die Programmgestaltung im Fernsehen und folglich den Pluralismus und die Vielfalt von Themen und Akteur*innen beeinflusst, die in den Medien zu Wort kommen oder nicht“ (2). Diese Konzentration verteilt sich auf die folgenden Wirtschaftskonglomerate: So betreibt die Bethia-Gruppe der Familie Heller Solari den Konzern Mega Multimedia mit dem TV Kanal Mega, und investiert in den Einzelhandel, in Immobilienunternehmen, in die Wein- und Agrarwirtschaft, in den Reitsport, in die Gesundheitsversorgung und in Fußballkonzessionen. Die Familie Luksic betreibt das TV-Programm „Canal 13“ und hält darüber hinaus Beteiligungen in der Industrie, in Banken, im Bergbau und in der Agrarwirtschaft. Große Bedeutung besitzen auch die spanische Radio- und Verlagsgruppe Prisa Iberoamericana, die mexikanische Televisa Gruppe mit Unternehmungen in Telekommunikation, in der Filmproduktion und -synchronisation, in der Animation und in Fußballvereinen, sowie das US-Unternehmen Time Warner Group, das CNN Chile und den TV-Kanal Chilevisión betreibt, und darüber hinaus auch bei Videospielen und Filmproduktionen engagiert ist. Daraus ergibt sich eine Machtkonzentration in Form eines Oligopols, das die TV-Landschaft beherrscht, den Zugang zur Mehrheit des Publikums kontrolliert und damit alle Werbeeinnahmen monopolisiert. Vor dem Hintergrund dieser wirtschaftlichen Verquickungen und der mehrheitlich extrem konservativen Ausrichtung der erwähnten Konzerne ist

es geradezu utopisch, beispielsweise das System der privaten Pensionsfonds (AFP, die Rentenfonds durch individuelle Kapitalisierung verwalten) oder private Gesundheitsversorgung und die Klinikindustrie oder auch den Einzelhandel kritisch zu beleuchten. Die Monopolisierung wirkt hier wie ein Knebel und führt zu einem Verlust an Meinungsfreiheit und -vielfalt bei den Medienschaffenden, insbesondere bei Journalist*innen.

Die Spektakularisierung der Gewalt

Die Frage, wer von diesem Zustand der Medien in Chile profitiert, ist leicht zu beantworten: gewinnorientierte Unternehmen, die durch Investitionen, Börsengeschäfte und Werbestrategien für Waren und Dienstleistungen miteinander verbunden sind. Sie setzen ihre redaktionellen Linien sowie die Nachrichtenagenda durch, was dazu führt, dass das Spektrum der über die Bildschirme sichtbaren Akteur*innen reduziert wird. Das betrifft insbesondere soziale Bewegungen und Gemeinschaften, die sich gegen Umweltzerstörung in ihren Territorien zur Wehr setzen.

Das Medienspektrum erschafft eine Ebene der Realität, ein Konstrukt, das bestimmte soziale Vorstellungen in der Bevölkerung erzeugt. Gewalt wird als Sensation dargestellt, die es häufig in Form von Schlagzeilen auf die Titelseiten der Zeitungen und Fernsehnachrichten schafft. Das bildet einen täglich wiederkehrenden Interpretationsrahmen, einen sogenannten Frame. Es geht nicht um die Frage, ob ein Klima der Gewalt existiert oder nicht, schließlich basieren neoliberale Gesellschaften grundsätzlich auf unharmonischen Beziehungen. Das Leben unter Bedingungen hoher Ungleichheit schafft bereits ein gewalttätiges Klima in den Haushalten, von denen mehr als 70 Prozent über weniger als 500 Euro monatliches Einkommen verfügen. Darüber hinaus geht es um die Darstellungsformen der Medien, die die Ursprünge der Gewalt meist nicht hinterfragen und mögliche Wege zu ihrer Überwindung nicht ausreichend thematisieren. Jene Erzählungen oder Narrative, die die Darstellung von Gewalt inszenieren, folgen einem politischen Prinzip, dessen Ziel und Strategie darauf ausgerichtet ist, die Unsicherheit der Bürger*innen als Hauptproblem darzustellen, und nicht die Ungleichheit und den Mangel an Chancen für Millionen von Menschen in Chile. Indem Gewalt zum Spektakel wird, werden deren Ursachen und Widersprüchlichkeiten ignoriert. In einem Land, das mit der sozialen Revolte im Oktober 2019 ein tiefes Unbehagen über seine Lebensbedingungen deutlich ausgedrückt hat, werden viele dieser Ausdrucksformen durch das mediale Framing in einem neoliberalen Kontext kriminalisiert: Die Protestaktionen der indigenen Mapuche zum Beispiel werden entweder als „terroristisch“ eingestuft oder, sofern ein Kriminalisierungskonstrukt nicht greift, als solche unsichtbar gemacht. Der Beitrag, den die Medien zur Stärkung von Demokratie, Pluralismus und Vielfalt leisten, ist somit äußerst fraglich. Eine Entmonopolisierung und Demokratisierung des Mediensystems ist daher überfällig. ■



Foto: PRESIDENCIA EL SALVADOR

Das „Modell Bukele“ ist kein Wunder

Permanenter Ausnahmezustand sorgt für Friedhofsruhe in El Salvador

El Salvador hatte lange weltweit die meisten Tötungsdelikte außerhalb von Kriegsgebieten. Mit dem Präsidenten Nayib Bukele hat sich das nun geändert. Der Preis ist hoch: Repression und Menschenrechtsverletzungen nehmen zu. Trotzdem ist das „Modell Bukele“ auch in anderen Ländern populär.

VON LYA CUÉLLAR

vor fünf Jahren war El Salvador das Land mit der höchsten Mordrate der Welt. Jetzt ist es das nicht mehr. Der Regierung von Präsident Nayib Bukele ist es gelungen, die Zahl der von salvadorianischen Gangs begangenen Morde im Land auf einen historischen Tiefstand zu senken.

Diese Botschaft scheint das einzige zu sein, was in Lateinamerika, in der ganzen Welt, über die Politik Bukeles und über El Salvador ankommt. Es stimmt auch: Der Rückgang der Tötungsdelikte während der Amtszeit von Nayib Bukele ist unwiderlegbar. Aber die Statistiken zeigen weder ein komplettes Bild noch sind sie das wirkliche Ergebnis einer durchdachten und umfassenden Sicherheitsstrategie. Seine mächtigen Kommunikations- und Propagandateams mögen dem Rest der Welt diesen scheinbaren Erfolg als „Modell Bukele“ verkaufen, aber die Bevölkerung des kleinen zentralamerikanischen Landes erlebt keinen realen Frieden.

Zwischen dem 25. und 27. März 2022 fand das blutigste Wochenende des 21. Jahrhunderts in El Salvador statt. In nur drei Tagen ermordeten Gangmitglieder mindestens 87 Menschen. Als Reaktion darauf ersuchte Präsident Bukele den von seiner Partei Nuevas Ideas (Neue Ideen) kontrollierten Kongress um die Verhängung des Ausnahmezustands. Er ist in der Verfassung für Fälle von Krieg, Katastrophen und schweren

Störungen der öffentlichen Ordnung vorgesehen. Mit dieser Maßnahme wurden das Recht auf Versammlungsfreiheit sowie mehrere Rechte für Inhaftierte ausgesetzt. Einige Tage später stimmte der Kongress einer Verschärfung der Haftstrafen für Bandenmitglieder zu: Für Kinder über zwölf Jahren drohen nun bis zu zehn und für Jugendliche ab 16 bis zu 20 Jahre Gefängnis. Diese abrupte Welle extremer Maßnahmen war nur dadurch möglich, weil Bukele seit Juni 2021 nach einem überragenden Wahlerfolg seiner Partei Nuevas Ideas die absolute Kontrolle über den Kongress erhalten hatte. Er nutzt die Machtfülle zudem, um die Justiz zu kooptieren und jede Möglichkeit einer abweichenden Meinung in der Regierung auszuschalten – allerdings über verfassungswidrige Methoden. Der Ausnahmezustand, der eigentlich nur für 30 Tage gelten sollte, wurde bereits 19 Mal verlängert und wird im November 20 Monate in Kraft sein. In dieser Zeit haben die staatlichen Sicherheitskräfte nach offiziellen Angaben über 71 000 Menschen verhaftet. Seitdem sind mindestens 180 Menschen in den überfüllten Gefängnissen gestorben, viele davon, ohne jemals vor Gericht gestellt worden zu sein. Es gibt zahlreiche Berichte von willkürlichen Inhaftierungen, teilweise bestätigt durch die Regierung selbst. Organisationen der Zivilgesellschaft berichten über Misshandlungen, Folter und sexuelle Gewalt durch Soldaten und Polizisten innerhalb und außerhalb der Gefängnisse. Die zahlreichen und konstanten Menschenrechtsverletzungen seien „Kollateralschäden“, erklärte Vizepräsident Félix Ulloa im Juli 2022.

Zahlreiche Familien sind durch willkürliche Verhaftungen auseinandergerissen worden. Soldaten und Polizisten fühlen sich ermächtigt, Frauen und Mädchen in marginalisierten Vierteln zu belästigen und sexuell zu missbrauchen. In vielen Gemeinden herrscht Misstrauen, da ein Streit mit einem Nachbarn zu ei-

ner falschen Anzeige führen kann. Doch trotz der offensichtlichen Folgen der Repression genießt Präsident Bukele nach wie vor hohe Zustimmung, die höchste in der Region, wenn man Umfragen Glauben schenken darf. Selbst Angehörige von Menschen, die aktuell inhaftiert sind, erkennen die scheinbare Ruhe an, die durch den abrupten Rückgang der Morde entstanden ist. Von außen mag es unverständlich erscheinen, dass die Freiheit der Sicherheit geopfert wird, aber El Salvador ist ein Land mit einer langen Geschichte der Gewalt.

In den 1990er-Jahren, nach zwölf Jahren verheerendem Bürgerkrieg, erfasste die organisierte Gewalt erneut das Land in der Form zweier Gangs von abgeschobenen Jugendlichen aus Los Angeles: die Mara Salvatrucha 13 (MS-13) und das Barrio 18. In den folgenden Jahrzehnten teilten die Gangs, verstärkt durch die gescheiterte Sicherheitspolitik rechter und linker Regierungen, das gesamte Staatsgebiet unter sich auf. Sie zogen Kriegsgrenzen, die das Leben aller Einwohner*innen einschränken.

Die Unterdrückung der Gangs durch Repression ist kein neuer Ansatz: Sie war die erste eingesetzte Strategie gegen MS-13 und Barrio 18. Als fast instinktive Antwort auf diese neue Gewalt verkündete die damalige ultrarechte Regierungspartei ARENA im Jahr 2003 eine Politik der „mano dura“ (eiserne Faust) und im Jahr 2006 die sogenannte „súper mano dura“.

Die Politik der Repression scheiterte. Der „manodurismo“ stärkte die Gangs, die Gewalt nahm zu. Im Jahr 2012 versuchte die erste linke Regierung El Salvadors, deren Politik der Militarisierung der öffentlichen Sicherheit ebenfalls fehlschlug, etwas Neues: Sie setzte sich an den Verhandlungstisch mit der MS-13 und der Barrio 18. Der Pakt zwischen der FMLN-Regierung von Mauricio Funes und den Gangs, der von Regierungsvertreter*innen, militärischen und religiösen Akteuren vermittelt wurde, fand im Geheimen statt. Die Gangs erklärten sich bereit, die Mordrate zu senken und erhielten im Gegenzug unter anderem Privilegien in Gefängnissen. In den darauffolgenden Monaten war die Mordrate so niedrig wie seit Jahren nicht mehr. Die öffentliche Ablehnung und die Angriffe der politischen Opposition auf den Verhandlungsprozess führten jedoch dazu, dass die Regierung Funes den Pakt leugnete, sich von ihm distanzierte und ihn schließlich aufkündigte. Mitte 2013 nahmen die Ermordungen wieder zu, und 2015 wurden Rekorde bei den täglichen Tötungen aufgestellt. Viele der an dem Prozess Beteiligten sind inzwischen für ihre Beteiligung verurteilt worden, darunter auch der ehemalige Präsident Funes, der nach Nicaragua geflüchtet ist.

Auch wenn es aktuell mit ihrem Image der Nulltoleranz kollidiert, gibt es doch zahlreiche Beweise dafür, dass Bukeles Regierung zu Beginn der Amtszeit ebenfalls mit den Gangs verhandelte, um die Zahl der Morde zu verringern. Eine Recherche der investigativen Journalist*innen von El Faro hat bewiesen, dass die Massaker im März 2022 – der Anlass für den aktuellen Ausnahmezustand – eine Reaktion auf den Bruch eines geheimen Pakts zwischen MS-13 und der Regierung von Präsident Nayib Bukele waren.

Bukele genießt seit seiner Amtszeit als Bürgermeister der salvadorianischen Hauptstadt San Salvador internationale Berühmtheit dank seines Know-hows der sozialen Medien und seiner enormen Propagandaausgaben, um sein Image als charismatischer Außenseiter, cooler Typ, als der Millennial-Anführer eines neuen El Salvadors global zu projizieren. Europäische und US-amerikanische Medien profilierten ihn zudem als eine Art Messias, der das blutigste Land aus den Fängen des organisierten Verbrechens befreien würde – wie eine Vorahnung seiner Figur als Präsident. Allerdings lag der Hype um Bukeles damaligen Ansatz darin, dass er angeblich repressive Politiken ablehnte und von Reformen, Inklusion und Unterstützung für die marginalisierte Jugend sprach – eine deutlich andere Position als heute. Ab seinem Amtseintritt als Präsident 2019 wuchs seine Beliebtheit exponentiell, er suchte die Nähe zu Influencer*innen und YouTube-Persönlichkeiten und traf impulsive Entscheidungen, wie den Bitcoin zum gesetzlichen Zahlungsmittel des Landes zu machen.

Schon zu diesem Zeitpunkt war eine „Bukelisierung“ der Wahlkampagnen in den Amerikas zu beobachten, damals noch auf einem fast harmlosen ästhetischen und kommunikativen Niveau: Die Nationale Partei von Honduras zum Beispiel beschloss 2021, die traditionelle blaue Farbe der Partei durch Cyan zu ersetzen, die Identitätsfarbe von Bukele und seiner Bewegung Nuevas Ideas, und übernahm „Neue Herausforderungen, neue Ideen“ als Slogan ihres damaligen Präsidentschaftskandidaten Mauricio Oliva.

Ab 2022 haben populistische Parteien und Politiker*innen im Rest des Kontinents auch mit dem Ausnahmezustand eine Maßnahme gefunden, mit der sie dem salvadorianischen Präsidenten nacheifern und ähnliche Popularitätswerte anstreben. Bei den Wahlen in Ecuador wurde der rechte Kandidat Jan Topic in den Medien als „ecuadorianischer Bukele“ bezeichnet, den er nach eigenen Angaben bewundert und dessen Sicherheitspolitik er zu imitieren verspricht. In Argentinien verkündete der derzeitige libertärkapitalistische Präsidentschaftskandidat Javier Milei, den „Erfolg“ der Repression in El Salvador zu analysieren. Auch in Honduras, auf der anderen Seite des politischen Spektrums, verhängte die linke Präsidentin Xiomara Castro im Jahr 2023 ein Ausnahme regime unter dem Vorwand, eine Erpressungskrise in den größten Städten des Landes zu bekämpfen.

Das „Modell Bukele“ soll also exportiert werden. Aber das, was europäische Medien, lateinamerikanische Politiker*innen und Twitter-Fans des Millennial-Präsidenten als innovatives Wunder schildern, ist nichts anderes als die uralte Strategie der harten Hand. Die Militarisierung der Sicherheit. Die Kriminalisierung der Armut. Die Unterdrückung kritischer Stimmen. Die uneingeschränkte Verletzung der Menschenrechte. Das Modell Bukele ist allein durch die aggressive Machtkonzentration möglich, die wiederum durch ein repressives Modell für ihn gesichert wird. Nichts davon ist eine „neue Idee“. ■

Die Gewalt geht von der Regierung aus

El Salvador: Interview mit der Menschenrechtsverteidigerin Zaira Navas

El Salvadors Präsident Bukeles Strategie gegen Gewalt lautet: mehr Gewalt, Repression, Wegsperrn. Lena Voigtländer sprach mit Zaira Navas, Leiterin der Abteilung Recht und Sicherheit bei der NGO Cristosal, über die Folgen des Ausnahmezustands in El Salvador, der mittlerweile zum 19. Mal verlängert wurde.

Präsident Bukele ist 2019 mit dem Versprechen angetreten, die Gewalt, vor allem die, die von den als Pandillas bezeichneten Jugendbanden ausgeht, zu beenden. Dann hat er einen Ausnahmezustand verhängt, der bis heute andauert und ihn mit genau der Gewalt begründet, die er versprochen hatte zu beenden. Wie passt dies zusammen?

Bukele verkündete, die Gewalt innerhalb eines Monats zu beenden. Aber tatsächlich hat er mit den kriminellen Strukturen verhandelt.¹ Aus journalistischen Untersuchungen, die vom US-Außenministerium dokumentiert wurden, geht hervor, dass er die Bandenmitglieder bezahlte, ihnen aber auch im Gefängnis Vorteile gewährte. Die Verhandlungen von Bukele mit diesen Banden führten zu einem Rückgang der Morde. Als er an die Regierung kam, waren es etwa zehn Morde pro Tag, im nächsten Monat vier, dann drei, und so blieb es ein Jahr lang. Die Banden haben offenbar Druck auf Bukele ausgeübt, um ihre Forderungen erfüllt zu bekommen, denn im Mai 2021 stieg die Zahl der Morde wieder an. Die Nichterfüllung der Forderungen hatte mehr Gewalt zur Folge. So ging es weiter, bis die Pandillas im März 2022 87 Morde in drei Tagen verübten.

Bukele nutzte diese Situation, um das Parlament zu bitten, den Ausnahmezustand zu verhängen. Dies ist nach der Verfassung zulässig, allerdings nur für 30 Tage und kann um weitere 30 Tage verlängert werden. Durch den Ausnahmezustand werden die Rechte der Verhafteten sowie das Versammlungs- und Vereinigungsrecht stark eingeschränkt. Das heißt, dass es keine Demonstrationen, Kundgebungen und so weiter geben kann. So kann Bukele seine „Effizienz“ bei der Verbrechensbekämpfung demonstrieren.

Er hat eine umfangreiche Werbekampagne gestartet, die mit staatlichen Mitteln finanziert wird. Bukele stellt sich in den Medien, in Interviews in der ganzen Welt und durch von ihm engagierte internationale Influencer*innen als jemand dar, dem es gelungen ist, ein Problem zu lösen, das sonst niemand lösen konnte.

Hat er das Problem damit gelöst?

Die Zahl der Morde ist zwar zurückgegangen, aber der Preis dafür sind mehr als 71 000 verhaftete Personen, von denen keine bisher vor Gericht gestellt wurde. Schätzungen zufolge sind höchstens 30 Prozent der Verhafteten Bandenmitglieder, der Rest sind Unschuldige. Die Gewalt wird nun von Bukele und seiner Regierung gegen die salvadorianische Bevölkerung ausgeübt. Sie nutzen dieses Ausnahmeregime auch, um politische Gegner*innen und Gemeinderäte zu verfolgen, um Angst und Schrecken in der Bevölkerung zu verbreiten. Und um Menschen anzugreifen, die gegen wirtschaftliche, soziale, ökologische und andere Probleme protestieren. Zwar hat Bukele auch seine anderen Regierungsversprechen, wie Krankenhäuser zu bauen und das Bildungswesen zu verbessern, nicht erfüllt, aber seine Propaganda ist so stark, dass sie ein Gefühl der Sicherheit erzeugt. Die Menschen glauben, dass sie sicher sind. In Wirklichkeit laufen wir alle Gefahr, unter dem Ausnahmeregime inhaftiert zu werden.

Die Strategie gegen Gewalt lautet also: mehr Gewalt?



Zaira Navas

FOTO: LENA VOIGTLÄNDER

Die Strategie von Bukele gegen die Kriminalität erzeugt Gewalt gegen die gesamte salvadorianische Bevölkerung. Aber nicht die ganze Bevölkerung ist gleichermaßen von den willkürlichen Verhaftungen betroffen. Vor allem die Ärmsten werden weggesperrt. Die Gewalt übt der Staat gegen die Armen aus. Die anderen Teile der Gesellschaft wollen einfach nicht sehen, was passiert.

Diese Strategie der Einschüchterung, der Gewalt und des Terrors dient dazu, ihn populär zu machen und jede*n politische*n Gegner*in oder jede zivilgesellschaftliche Organisation in Angst und Schrecken zu versetzen. Er plant, 2024 erneut zum Präsidenten gewählt zu werden, obwohl die Verfassung dies verbietet. Wer stellt sich ihm in den Weg? Wer wird protestieren - wenn man jederzeit unter dem Ausnahmeregime inhaftiert werden kann?

Du sprichst von „bestrafendem Populismus“ (populismo punitivo), eine Strategie, Angst zu verbreiten und als Sicherheit zu verkaufen. Kannst du das erklären?

1) Die Vorgängerregierungen hatten auch Verhandlungen geführt, die stark kritisiert worden waren. Siehe auch Artikel von Lya Cuéllar auf Seite 13.

Bukele ist ein autoritärer Präsident. Er hat seine repressiven Fähigkeiten demonstriert und alles getan, um alle staatlichen Institutionen zu kontrollieren und eine Opposition zu verhindern. Das erste Zeichen war, das Parlament zu übernehmen und den Abgeordneten zu zeigen, dass die Streitkräfte und viele Menschen bereit sind, sie abzusetzen, wenn sie nicht tun, was er sagt. Als er die Parlamentswahlen gewann, hat er als erstes den Obersten Gerichtshof entlassen und dann die Verfassungskammer und den Generalstaatsanwalt ausgetauscht. Nach und nach entfernte er Richter*innen und Beamte*innen, die wie in jeder demokratischen Gesellschaft die Exekutive kontrollieren. Und das alles nur, um mehr Macht zu haben. Er rechtfertigt seinen Autoritarismus damit, dass er beliebt ist und die Bevölkerung mag, was er tut. Denn die Bevölkerung will, dass er El Salvador verändert. Andererseits betreibt er einen Diskurs des Hasses gegen Menschen, die sich seinen Methoden widersetzen, und er teilt die Menschen

ein in Gute und Böse. Die Bösen sind wir, die ihn kritisieren und Demokratie fordern. Die Guten sind diejenigen, die ihn in allem unterstützen, was er tut.

Wie kommt es, dass Bukele weiterhin so viel Zustimmung in El Salvador und darüber hinaus hat?

Die Leute wollen schnelle Antworten. Genau das verkauft er. Er ist Publizist und hat eine Menge Werbeberatung. Er hat analysiert, dass die Menschen nicht fünf oder zehn Jahre warten wollen, bis ein Problem gelöst ist, sie wollen jetzt eine Antwort. Er verkauft uns ein Bild, das in Wirklichkeit, wie er in einer Rede sagte, bittere Medizin ist. Einige werden also unter den Kosten leiden, aber am Ende werden wir alle gewinnen. Die breite Bevölkerung weiß, dass es Ungerechtigkeiten und Menschenrechtsverletzungen gibt. Aber da es sie nicht betrifft, ist es in Ordnung, dass es passiert. Sie glauben, es ginge ihnen besser, aber sie analysieren weder, dass wir eine sehr kritische wirtschaftliche Situation mit hoher Verschuldung haben, noch dass es nicht stimmt, dass wir sehr sicher sind.

Wenn aber Bukele es mit seinen Strategien geschafft hat, eine subjektive Wahrnehmung von Sicherheit zu kreieren, warum wurde der Ausnahmezustand dann zum 19. Mal verlängert?

Bukele hat angekündigt, dass der Ausnahmezustand so lange bestehen bleibt, wie er es für notwendig hält. Das wird sehr wahrscheinlich bis nach den Wahlen sein, bei denen er verfassungswidrig wieder zum Präsidenten gewählt wird. Aber die wirtschaftliche Lage spitzt sich seit einem Jahr immer mehr zu. Teure Lebensmittel, hohe Lebenshaltungskosten. Und die Bevölkerung ist sich nicht bewusst, dass dies auf Bukele zurückzuführen ist, der das Land mit Dingen wie dem Kauf von Bitcoin verschuldet hat. Er präsentiert keine konkreten Lösungen, sondern Werbestrategien.

Was kann man deiner Meinung nach tun?

Vor allem die Bevölkerung darüber informieren, was in El Salvador wirklich passiert. Die Leute hören nur auf das, was Bukele sagt. Aber wenn man die Lebensgeschichten von Menschen erzählt, die umgebracht oder gefangen genommen wurden, wenn man die wirtschaftliche Situation des Landes darstellt, wenn man echte Informationen gibt, können sich die Menschen ändern. Aber es ist auch wichtig, sich bei Regierungen und Unterstützer*innen El Salvadors einzusetzen. Internationaler Druck hat schon immer eine wichtige Rolle gespielt. Die internationale Zusammenarbeit sollte Bukele Bedingungen stellen. Dazu gehören die Achtung der Menschenrechte und die Beendigung des Ausnahmezustandes, eine Politik der Partizipation und Investitionen in die Bevölkerung, nicht in Kampagnen. Außerdem eine Untersuchung der Korruption in seiner Regierung. ■

ACISAM: Friedensarbeit mit Medienwerkstätten in El Salvador

ACISAM ist eine gemeinnützige Organisation, die Kinder, Jugendliche und Familien mit Migrationserfahrung bei der Rückkehr nach El Salvador unterstützt. Ihre wichtigsten Instrumente sind psychosoziale Begleitung, partizipative Kommunikation und Kunst. Kinder und Jugendliche sollen ihre künstlerischen und organisatorischen Fähigkeiten entdecken und einen kritischen Umgang mit Medien lernen.



Stimmen aus einer Werkstatt für komunitäres Kino

Junger Mensch aus Guazapa: „Wir können die Probleme der Gemeinschaft visuell darstellen und darüber auch die Gemeinschaft einen.“ Ein anderer: „Junge Menschen müssen am Leben teilnehmen, um die Realität zu erkennen. Wenn man als junger Mensch zu Hause bleibt, bekommt man nur mit, was auf dem Handy oder in den sozialen Netzwerken steht, aber wenn man in der Gemeinschaft arbeitet, geht man in die Gemeinden und sieht die Realität, man hört mehr jungen Menschen zu, die oft die gleichen Probleme haben wie man selbst, manchmal haben sie andere, noch schwerwiegendere Probleme.“

Das Interview führte Lena Voigtländer während des Koordinationstreffens der Deutsch-Schweizer El-Salvador-Solidaritätsgruppen Ende September 2023 in Frankfurt. Zaira war eingeladen, um dort über den von ihr mitherausgegebenen Bericht „Ein Jahr Ausnahmezustand: eine dauerhafte Maßnahme der Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen“ (Informe: Un año bajo el régimen de excepción: Una medida permanente de represión y de violaciones a los derechos humanos) zu sprechen.



Paz Total in Kolumbien?

Der Weg zum kompletten Frieden ist noch lang

Think Big! Dieser Devise scheint die kolumbianische Regierung in der Friedenspolitik zu folgen. Gleich nach dem Amtsantritt im August 2022 machte der neue Präsident Gustavo Petro den Frieden zur Chefsache. Dies bedeutete nicht nur eine Kehrtwende im Vergleich zu seinem Vorgänger im Präsidentenamt Iván Duque. Letzterer torpedierte während seiner Amtszeit (2018-2022) den Friedensprozess mit der ehemaligen Guerilla FARC-EP (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo) und sorgte damit für quälend langsame Fortschritte bei der Implementierung. Gustavo Petro repräsentiert das Gegenteil. Mehr noch: Seine Regierung möchte die Geschichte der Gewalt im Land beenden und den Friedensprozess komplettieren.

VON STEFAN PETERS

Die Regierung von Gustavo Petro greift eine der zentralen Forderungen aus der Ende Juni 2022 vorgestellten Abschlusserklärung der kolumbianischen Wahrheitskommission auf. Die Wahrheitskommission hatte unter dem Begriff „Paz Grande“ (großer Frieden) zur Suche nach Verhandlungslösungen mit sämtlichen Gewaltakteuren aufgerufen. Die kolumbianische Regierung strebt unter dem – nicht nur für deutsche Ohren gewöhnungsbedürftigen – Schlagwort „Paz Total“ (totaler Frieden) genau dies an. Gespräche mit den nicht-staatlichen Gewaltakteuren sollen mit

dem Ziel geführt werden, dass diese die Waffen niederlegen. Im Vergleich zu den Friedensverhandlungen mit der FARC-EP (2012–2016) setzt die Regierung dabei auf eine diametral entgegengesetzte Strategie. Während damals unter Fortsetzung der bewaffneten Auseinandersetzung verhandelt wurde, hat diesmal der Abschluss von Waffenstillstandsabkommen Priorität, mit dem Ziel, so die Situation für die Zivilbevölkerung zu verbessern und weitere Opfer zu vermeiden.

Diese Zielsetzung ist ebenso notwendig wie ambitioniert. Schließlich erlebt Kolumbien einen gewaltsamen Friedensprozess. Keine Frage: Das Friedensabkommen mit der FARC-EP aus dem Jahr 2016 stellt einen Meilenstein in der Geschichte des Landes dar, hat die Gewalt insgesamt eingedämmt und bietet die Chance zum Aufbau einer stabilen Friedensordnung. Gerade im Bereich der „Transitional Justice“ setzt Kolumbien zudem neue Maßstäbe. Doch gleichzeitig hat sich die Sicherheitssituation in vielen Teilen des Landes in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert. Auch die Rekrutierung von Minderjährigen gehört in vielen Regionen zum Alltag. Ganze Landstriche befinden sich aktuell faktisch unter der Kontrolle nicht-staatlicher Gewaltakteure. Dies sind neben der ELN-Guerilla und verschiedenen Dissidenten-Gruppen der FARC auch und vor allem (neo-)paramilitärische Gruppen wie der „Clan del Golfo“ oder die „Autodefensas Conquistadoras de la Sierra Nevada“ an der kolumbianischen Karibikküste sowie teils internationale, teils lokale (Drogen-) Gangs. Kurz: Es ist dem Staat weder gelungen, im Anschluss an die Demobilisierung der FARC-EP das Machtvakuum zu

füllen, noch hat die historisch marginalisierte Bevölkerung in den abgelegenen Regionen des Landes und in den urbanen Armenvierteln eine spürbare Friedensdividende erhalten. Im Ergebnis bleiben die Gewaltakteure attraktive Alternativen zu einem Leben ohne reelle Hoffnungen auf soziale Teilhabe. Die Stärke der nicht-staatlichen Gewaltakteure ist also insbesondere auf das Versagen bei der Flankierung des Friedensprozesses mit strukturellen Reformen zurückzuführen.

Gleichzeitig verringert gerade dieses Versagen des Staates nun die Erfolgchancen der neuen Friedenspolitik. Viele der Gewaltakteure können die Friedensinitiative der Regierung aus einer Position der relativen Stärke beobachten. De facto konnten gerade die (neo-)paramilitärischen Gruppen ihre Kontrolle über verschiedene Landesteile unter der Regierung von Iván Duque ausweiten und sich damit den Zugriff auf lukrative illegale Geschäfte sichern. Auch die verschiedenen Dissidenten-Gruppen der FARC-Guerilla konnten ihren Einfluss, etwa im Amazonasgebiet oder im Südwesten des Landes, festigen oder gar ausbauen. Die ELN konnte ihren Einfluss in vielen ihrer Hochburgen (etwa an der Grenze zu Venezuela und an der Pazifikküste) im Zuge des Friedensprozesses mit der FARC-EP mindestens konsolidieren. Vor diesem Hintergrund fragen sich viele Beobachter*innen, warum die Gewaltakteure gerade jetzt ein Interesse an Verhandlungslösungen mit dem Staat haben sollten und die aktuelle Konjunktur nicht vielmehr nutzen, um ihre Positionen zu stärken.

Die Beantwortung dieser Frage erfordert zunächst ein Verständnis der Ziele der Gewaltakteure. Klar ist, dass weder die ELN noch die Dissidentengruppen der FARC oder gar die (neo-)paramilitärischen Gruppen die Übernahme der Macht im Staat anstreben. Es geht ihnen eher um die faktische Kontrolle bestimmter Gebiete. Meist stehen diese in direktem Zusammenhang mit dem Zugriff auf lukrative Einnahmen aus illegalen Geschäften, von Drogen über illegalen Bergbau und Menschenhandel bis hin zu Schutzgelderpressung. Dies gilt umso mehr für die (neo-)paramilitärischen Gruppen und lokalen Gangs. Dennoch wäre es simplifizierend, diese Akteure als nicht-politische Gruppen zu klassifizieren. Die faktische Kontrolle von Landstrichen geht stets mit der gewaltsamen Durchsetzung von Ordnungsvorstellungen einher. Diese beinhalten die Aufstellung und im Zweifel gewaltsame Durchsetzung von Regeln, die faktische Regelung von Alltagskonflikten und die illegale Besteuerung der Bevölkerung. Anders ausgedrückt: Die Gewaltakteure übernehmen in unterschiedlichem Ausmaß klassische staatliche Aufgaben. Es handelt sich also jeweils um eminent politische Akteure. Die ELN und auch die Dissident*innen der FARC schreiben sich darüber hinaus auf die Fahnen, für weitreichende gesellschaftspolitische Veränderungen zu kämpfen. Die tatsächliche Relevanz dieser Ziele unterscheidet sich innerhalb der bewaffneten Gewaltakteure teils deutlich. In der Praxis spielen sie in den Regionen jedoch kaum eine Rolle. Dies sollte aber

nicht darüber hinwegtäuschen, dass die politischen Ziele auf der Ebene der Kommandeur*innen der ELN weiterhin von großer Bedeutung sind.

Letzteres ist ein zentraler Grund dafür, dass es der Regierung bereits kurz nach Amtsantritt gelang, die Friedensgespräche mit der ELN wieder aufzunehmen, welche Anfang 2019 vom damaligen Präsidenten Iván Duque nach einem fatalen Attentat der ELN gegen eine Polizeischule im Süden der Hauptstadt Bogotá abgebrochen worden waren. Der Dialog zwischen den Delegationen der Regierung und der ELN wird international unter anderem von der deutschen Regierung begleitet und auch von kirchlichen Akteuren unterstützt. Die Regierungsdelegation ist heterogen zusammengesetzt. Neben bekannten Politiker*innen aus unterschiedlichen Lagern der politischen Linken wie Otty Patiño, María José Pizarro und Iván Cepeda finden sich auch Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und der Chef des mächtigen Viehzüchterverbandes FEDEGAN, José Félix Lafaurie, in der Delegation wieder. Im Rahmen von verschiedenen Verhandlungsrunden in Mexiko, Caracas und Havanna konnte im Juni 2023 mit der Vereinbarung eines beidseitigen Waffenstillstands ein entscheidender Durchbruch erzielt werden. Neben dem Waffenstillstand ist die Partizipation der Zivilbevölkerung das zentrale Thema der Friedensgespräche und der Markenkern der ELN, mit dem sie sich auch von der ehemaligen FARC-Guerilla abgrenzen möchte. Weitere Punkte betreffen die Verbesserung der humanitären Lage der Bevölkerung in den Konfliktgebieten, Verbesserungen der Haftbedingungen für ELN-Mitglieder in den staatlichen Gefängnissen sowie die Frage struktureller Veränderungen innerhalb der Gesellschaft.

Der Waffenstillstand zwischen der kolumbianischen Regierung und der ELN-Guerilla wird zu Recht als historisch bezeichnet. Allerdings bedeutet der Waffenstillstand leider in vielen Regionen keinesfalls eine Verbesserung der Sicherheitslage für die Bevölkerung. Hintergrund ist, dass die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen dem kolumbianischen Militär und der ELN nur einen Teil der militärischen Aktionen ausmachen. Die Kämpfe zwischen der ELN und anderen nicht-staatlichen Gewaltakteuren gehen unvermindert weiter beziehungsweise haben sich teilweise intensiviert, mit entsprechenden Folgen für die Zivilbevölkerung, wie etwa massive Vertreibungen aufgrund von Kämpfen zwischen der ELN und FARC-Dissident*innen in Samaniego im südwestlichen Departement Nariño. Dies verdeutlicht die komplexe Situation in vielen abgelegenen Regionen des Landes, in denen verschiedene nicht-staatliche Gewaltakteure um die Kontrolle ringen, und es verdeutlicht gleichzeitig die Relevanz eines umfassenden Ansatzes für Friedensgespräche mit den verschiedenen nicht-staatlichen Gewaltakteuren.

Zusätzlich zum Waffenstillstand sehen die bisherigen Ergebnisse der Friedensgespräche zwischen der Regierung



Foto: PRESIDENCIA DE LA REPUBLICA MEXICANA CC BY 2.0 DIED

und der ELN einen umfassenden Prozess zivilgesellschaftlicher Beteiligung vor. Ein Partizipationskomitee mit 81 Organisationen aus 30 Sektoren der Gesellschaft wurde eingerichtet, das aktuell die Methoden des Beteiligungsprozesses diskutiert. Dieser soll 2024/2025 umgesetzt werden. Dabei werden bereits jetzt eine Reihe von Herausforderungen bezüglich der Einbindung historisch marginalisierter Bevölkerungsgruppen sowie vorhersehbarer Asymmetrien im Beteiligungsprozess deutlich. Zudem stellt sich die Frage, inwiefern die Vorschläge aus dem Partizipationsprozess anschließend in die Friedensverhandlungen einfließen und die geschürten Erwartungen der zivilgesellschaftlichen Akteure entsprechend berücksichtigt werden. Die schwere Niederlage der Regierung bei den Regionalwahlen Ende Oktober 2023 hat das Panorama für die Umsetzung struktureller Reformen zusätzlich erschwert.

Zudem sind wichtige Aspekte für einen erfolgreichen Friedensprozess, wie etwa die Einnahme von (intersektionalen) Genderperspektiven in den Friedensverhandlungen – trotz der vergleichsweise hohen Präsenz von Frauen in beiden Delegationen – gerade in der ELN-Delegation keineswegs „Common Sense“. Ebenso stehen mit Blick auf die Rechte der Opfer noch große Fragezeichen hinter der Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen sowie den Verbrechen gegen die Natur und das Territorium. Dabei ist klar, dass erfolgreiche Friedensverhandlungen mit der ELN einen weiteren „Transitional-Justice“-Prozess erforderlich machen. Diese Fragen sind nicht nur für den Friedensprozess mit der ELN relevant, sondern betreffen perspektivisch auch die Verhandlungen mit weiteren Gewaltakteuren. Im Hinblick auf die (neo-)paramilitärischen Gruppen und Gangs wird aktuell zudem die Ausweitung des „Transitional-Justice“-Prozesses zu ihrer Demobilisierung diskutiert.

Die aktuelle Regierung von Gustavo Petro trägt mit der Politik des „Paz Total“ der Tatsache Rechnung, dass verschiedene

nicht-staatliche Gewaltakteure breite Landstriche de facto ganz oder teilweise kontrollieren. Zentrales Ziel ist dabei die schnelle Eindämmung der Gewalt. Dies birgt zweifellos das Risiko, dass die Friedensabsichten der Regierung von den Gewaltakteuren zu ihrer eigenen Stärkung ausgenutzt werden. Zudem besteht die Gefahr, dass die Aufmerksamkeit auf Verhandlungslösungen mit aktiven nicht-staatlichen Gewaltakteuren eine notwendige Fokussierung auf die Implementierung des Friedensabkommens mit der FARC-EP erschwert.

Dessen ungeachtet konnten insbesondere mit dem Waffenstillstand und den Verhandlungen mit der ELN erste wichtige Erfolge erzielt werden. Doch selbst im Falle von erfolgreichen Friedensverhandlungen ist schon jetzt absehbar, dass es Dissident*innen innerhalb der Gruppierungen geben wird. Dennoch wäre die Demobilisierung eines Teils der aktuell mindestens 15 000 Kämpfer*innen der verschiedenen nicht-staatlichen Gewaltakteure zweifellos ein wichtiger Erfolg. Die Demobilisierung der Kämpfer*innen ist jedoch bei Weitem nicht ausreichend, um die bekannten Dynamiken bei der Reproduktion der Gewalt zu beenden. Der Staat muss das Machtvakuum auch mit sozialer Infrastruktur füllen und der Bevölkerung vor allem echte Perspektiven für ein würdevolles Leben bieten, um auf diese Weise den illegalen Gewaltakteuren ihre Attraktivität zu nehmen. Dies erfordert strukturelle Reformen, die teilweise bereits in den Empfehlungen der Wahrheitskommission benannt wurden. Darüber hinaus stellt sich die zentrale Frage, inwiefern die kolumbianischen Eliten bereit sind, für den Frieden auf einen Teil ihrer üppigen Privilegien zu verzichten. Der Weg zum kompletten Frieden ist weit und wird in der Amtszeit von Petro kaum erreicht werden; doch ein erster Anfang ist gemacht. Ein Scheitern der Politik des „Paz Total“ wäre nicht nur für die Regierung, sondern auch für das gesamte Land ein fataler Rückschlag. ■

Die Polizei sollte nicht die fehlenden Lösungen der Politik ausbügeln müssen

Interview mit Óscar Ramírez, Leiter der kolumbianischen Menschenrechtsvereinigung CSPP

Nach dem repressiven Vorgehen gegen Demonstrierende bei Protesten des *Paro Nacional* 2021 wurde der Ruf nach einer Reform der kolumbianischen Polizei immer lauter. In Kolumbien untersteht die Polizei nicht dem Innenministerium, sondern dem Verteidigungsministerium. Polizeiangehörige verantworten sich vor einer Sondergerichtsbarkeit und kommen bei Verstößen häufig straflos davon. Britt Weyde sprach mit Óscar Ramírez von der Menschenrechtsorganisation CSPP (Zentrum für Solidarität mit den Politischen Gefangenen) über Reformfortschritte unter der aktuellen Regierung. Bereits vor zwei Jahren führte sie ein Interview mit seinem Vorgänger Franklin Castañeda (siehe *ila* 451), der aktuell der Menschenrechtsabteilung des Innenministeriums vorsteht.

Wie ist der Stand der Dinge in Sachen Polizeireform?

Eins vorab: Die Regierung von Gustavo Petro möchte Veränderungen ermöglichen. Aber die faktischen Mächte in Kolumbien sind nicht bereit für den Wandel. Hinzu kommen verwaltungstechnische Hürden, Widerstand von Seiten der alten Parteien, die im Parlament gegen Gesetzesvorhaben stimmen, Zögerlichkeit in den Institutionen, die ihre lang praktizierte Arbeitsweise nicht ändern wollen. Eine Polizeireform vor diesem Hintergrund ist eine absolute Herausforderung. Die kolumbianische Polizei reformiert sich seit einigen Jahren „selbst“. Petros Vorgänger Iván Duque und die Polizeiführung wussten, dass das Image der Polizei wegen der zunehmenden Verstöße seit 2019 angeschlagen war. Mit der Pandemie nahm der Machtmissbrauch zu, trauriger Höhepunkt war dann der *Paro Nacional*. Die selbst initiierte Reform musste schnell Resultate zeigen: Neue Uniformen und Schriftzüge wurden fix entworfen, hinzu kamen ein neues Disziplinarstatut sowie ein Statut, das versucht die Polizei zu „professionalisieren“. Eigentlich ist es ein grundlegendes Problem: Die kolumbianische Polizei soll mit Gewalt Ungleichheit regulieren. Aber Ungleichheit muss auf andere Art und Weise bekämpft werden. Die Polizei kann nicht losgeschickt werden, um Probleme mit der Wasser- oder Energieversorgung, der Abwasserentsorgung, dem Transport oder der Bildung zu lösen. So läuft es jedoch: Die Bevölkerung geht auf die Straße, um bessere Grundversorgung einzufordern. Die Polizei muss dieses Vakuum füllen, das aufgrund fehlender Lösungen von Seiten der Politik entsteht.

Welchen Ansatz verfolgt die aktuelle Regierung?

Unter der Regierung Petro soll sich die Polizei nun verstärkt auf Konfliktprävention und ein besseres gesellschaftliches Zusammenleben ausrichten. Die unteren Dienstgrade haben normalerweise wenig Aufstiegschancen. Sie sollen Fortbildungsmöglichkeiten bekommen, was zur Demokratisierung der Polizei beitragen soll. Nach wie vor untersteht die Polizei dem Verteidigungsministerium. Aufgrund der Aussagen verschiedener Verantwortlicher wissen wir, dass die Übertragung an ein anderes Ministerium nicht an erster Stelle steht. Es sei nicht zweckmäßig, weil die Polizei eine große Institution mit ausdifferenziertem Verwaltungsapparat ist, mit eigener Sozialversicherung und eigenem Rentensystem. Weder das Innen- noch das Justizministerium hätte im Moment die Kapazitäten, diesen Verwaltungsaufwand zu übernehmen. Einige finden es auch gar nicht problematisch, dass die Polizei dem Verteidigungsministerium untersteht. Manche argumentieren gegen eine Übertragung an das Innenministerium, das auf den Kongress sowie die Vertretungen auf Departementebene und Stadträte ausgerichtet ist, weil die Polizei dadurch einen zu politischen Charakter bekommen würde. Die Regierung hat dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet, aber klare Fortschritte sind aktuell nicht zu erkennen. Das könnte daran liegen, dass am 27. Oktober Regionalwahlen anstehen und befürchtet wird, dass mit dem Thema politisch Stimmung gemacht werden könnte.

Konnte die Regierung trotz allem bereits konkrete Schritte einleiten?



Óscar Ramírez

Die Ansprache der Regierung an die Bevölkerung hat sich gewandelt, Ordnungs- und Sicherheitsfragen werden demokratischer thematisiert, Menschenrechte berücksichtigt. Vor allem werden Stigmatisierungen vermieden.

Der Nationale Entwicklungsplan sieht vor, die Sondereinheit ESMAD (*Escuadrón Móvil Antidisturbios*) aufzulösen. Sie wird abgelöst von der UNDMO (*Unidad de Diálogo y Mantenimiento del Orden*), die mehr Dialog und Nähe zur Bevölkerung anstrebt, aber auch Konfliktintervention betreiben soll. Wir fordern gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen, dass die Ausgestaltung der neuen Einheit

Der Rechtsanwalt Óscar Ramírez arbeitet seit acht Jahren zu Menschenrechtsverletzungen und dem Gefängnisystem, ist Teil der Kampagne „Defender la Libertad“ sowie der von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe zur Polizeireform in Kolumbien.



Paro Nacional, Generalstreik in Kolumbien, der am 21.11.2019 begann. Auf dem Transparent steht groß: „Nicht noch mehr Machtmissbrauch“ und links klein „Weg mit der ESMAD“. Die berühmte Polizei-Sondereinheit ESMAD wurde inzwischen aufgelöst und durch die UNDMO ersetzt, die mehr Dialog und Nähe zur Bevölkerung anstrebt.

Ergebnis einer demokratischen Debatte ist. Wir befürchten, dass der angestrebte Dialogcharakter in der Praxis nicht zum Tragen kommen wird. Damit es nicht nur bei einem neuen Namen bleibt, bräuchte es weitere substanzielle Veränderungen, etwa was die Ausstattung mit Waffen betrifft. Angehörige der Einheit, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, müssten suspendiert und die Handbücher für die Anwendung von Gewalt geändert werden. Die bisherige Praxis der neuen Einheit hat leider gezeigt: Beim Einsatz der UNDMO kam es bereits zu zwei Toten bei Protesten. Und am 28. März wurden Personen mit Waffen verletzt, deren Einsatz eigentlich verboten ist.

Wie reagiert die Regierung auf eure Forderungen?

Die Regierung ist auf unsere Kritik eingegangen und hat eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um den Waffeneinsatz und das Regelwerk zum Vorgehen bei Gewaltmissbrauch der Polizei zu überarbeiten. Das ist das Gute an der Regierung Petro: Sie ist offen für Kritik und Vorschläge aus der Zivilgesellschaft. Das Problem ist: Es ist mühselig, die herrschende Kultur der Polizei und ihre Art der Ausbildung zu ändern, die seit Jahrzehnten praktiziert werden. In der Arbeitsgruppe forderten wir, dass eine bestimmte Art von Waffen bei Demonstrationen nicht mehr eingesetzt wird. Acht Tage später kam sie in Bogotá zum Einsatz und verletzte eine Kollegin von uns. Wir haben es mit eigenen Augen gesehen!

Veränderungen im Diskurs bringen nichts, wenn die gleichen Mittel eingesetzt werden, die zu Augenverletzungen führen. Seit 1998 hat die ESMAD 170 Augenverletzungen verursacht. Die Polizei sagt: Je mehr Waffenarten wir zur Verfügung ha-

ben, desto differenzierter können wir auf Proteste reagieren. Wir erwidern: Je mehr Waffen, desto schwieriger ist es, ihren Einsatz zu regulieren, und desto wahrscheinlicher wird es, dass Menschenrechtsverletzungen stattfinden.

Das Verteidigungsministerium hat sich bei seinem Reformvorhaben von der schottischen, der schwedischen, der US-amerikanischen und der deutschen Polizei sowie den Vereinten Nationen beraten lassen.

Welche Ergebnisse hat die Polizeikooperation zwischen Kolumbien und Deutschland, die vor zwei Jahren vereinbart wurde?

Es gab einen direkten Austausch mit der Berliner Polizei zu deeskalierenden Einsatzmethoden bei Protesten.¹ Mit Erstaunen erfuhren wir von Andreas Backhoff, dem Inspekteur der Bereitschaftspolizeien, dass die deutsche Polizei bei Demonstrationen Schusswaffen trägt. Wenn die Polizei hier bei Demos Schusswaffen mit sich führen dürfte, würde sie die rasch einsetzen und wir hätten viele Tote zu beklagen. Natürlich sind die jeweiligen Kontexte unterschiedlich. In Bogotá gibt es in einer Woche bis zu 300 verschiedene Proteste. Ironischerweise hat also Kolumbien eine bessere Praxis als Deutschland, was die Nutzung von Schusswaffen bei Protesten betrifft. Ich finde, die deutsche Polizei sollte diese schlechte Praxis beenden.

Was wären die wichtigsten Punkte, die nun angegangen werden müssen?

Das Regelwerk, das den Gebrauch nichttödlicher Waffen² betrifft, sollte an internationale Standards angepasst werden.

1) <https://www.cancilleria.gov.co/newsroom/news/colombia-alemania-buscan-fortalecer-liderazgo-mujer-marco-estrategia-cooperacion>

2) Nichttödliche Waffen (auch „weniger tödliche Waffen“) können einen Menschen vorübergehend außer Gefecht setzen oder in die Flucht schlagen.

Aktuell wird nicht einmal kontrolliert, ob sich an das bestehende Regelwerk gehalten wird. Die Regierung Petro sollte dies mit mehr Bestimmtheit umsetzen.

Darüber hinaus sollten die Sicherheitskräfte nicht mehr der Sondergerichtsbarkeit unterliegen, damit die Verstöße der Polizei, besonders die Menschenrechtsverletzungen, bekannt werden. Außerdem sollte die Zivilgesellschaft mehr Kontrollmöglichkeiten bekommen. Regierung und Staatsanwaltschaft sollten dafür sorgen, dass die von der Polizei verübten Menschenrechtsverletzungen aufgeklärt werden, damit die Strafflosigkeit aufgebrochen wird. 95 Prozent der Todesfälle, Drohungen und Erpressungen, in die Polizeikräfte verwickelt sind, werden nicht aufgeklärt. Wir brauchen die Botschaft: Wer solche Straftaten begeht, wird dafür sanktioniert. Das beste Mittel, um Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen, besteht darin, Untersuchungen anzustrengen und die Verantwortlichen zu bestrafen.

Außerdem muss mit der militärischen Logik gebrochen werden, wozu die vielen Dienstgrade gehören. Die Polizei erscheint wie eine militärische Struktur mit großer Distanz zur Bevölkerung, stets zum Kampf bereit, statt als zivile Institution einen Dienst an der Gesellschaft zu leisten.

Als Organisation der Zivilgesellschaft begleiten wir diese Prozesse und müssen Druck auf die Regierung ausüben. Wenn wir es nicht machen, siegen die Kräfte, die die Regierung ihrerseits unter Druck setzen, damit alles so bleibt, wie es ist.

„Die Polizei, dein Freund und Helfer“, heißt es hierzulande. Wie sieht sich der Streifenpolizist in Kolumbien?

Im Allgemeinen steht nicht im Vordergrund, zu dienen und zu schützen, sondern die Staatsräson durchzusetzen. Dabei nehmen sie sich viel heraus. Wer passt nicht ins Bild des anständigen Bürgers? Da kommen die Vorurteile des einzelnen Polizisten ins Spiel. Alles, was seiner Vorstellung nach nicht der Norm entspricht, seien es Afrokolumbianer*innen, Indigene, Migrant*innen, LGBTIQ, Jugendliche mit auffälliger Kleidung etc., gilt als suspekt und muss kontrolliert werden. Dabei kontrolliert er eher den Jugendlichen in einem armen Stadtteil, der in einem Park abends Breakdance tanzt, obwohl das nicht verboten ist, als die Jugendlichen in einem reichen Stadtteil, die Alkohol trinken, obwohl dies in der Öffentlichkeit an bestimmten Stellen untersagt ist.

Zwei Drittel der Kolumbianer*innen missbilligen das Agieren der Polizei, hieß es vor zwei Jahren. Hat sich das geändert?

Es ist paradox: Sobald die Leute ein Problem haben, rufen sie die Polizei. Gleichzeitig wissen alle, dass die Polizei korrupt ist, Leute umbringt, Menschenrechte verletzt und Kriminalität nicht bekämpft, sondern verwaltet. Die meisten ärmeren Leute haben keinerlei Illusionen über die Polizei; in den reicheren Schichten scheint sich das Image etwas gebessert zu haben. ■

Die Psychologin Fanny Guzmán aus Cochabamba betreibt seit über zehn Jahren Gewaltprävention, vor allem in staatlichen Institutionen wie etwa der Polizei. Für die Schweizer Organisation INTERTEAM, später für Comundo, hat sie Methoden entwickelt und setzt sie ein, um genderbasierter und häuslicher Gewalt vorzubeugen. Außerdem bietet sie Therapien an. Peter Strack hat sie nach der Bilanz ihrer Arbeit gefragt.

Welche Methoden haben sich als besonders geeignet erwiesen?

Einer der innovativsten Beiträge war die Entwicklung einer Methode zur Arbeit mit Männern, die genderbasierte Gewalt ausüben. Für sie gab es zuvor keine Angebote, bei denen sie über ihre Handlungen und deren Folgen reflektieren und ihr Verhalten hätten ändern können. Es gab nur Bestrafung. Und obwohl therapeutische Angebote für Täter in der Neuformulierung des Gesetzes 348 gegen genderbasierte Gewalt aufgenommen wurden, stellt der Staat immer noch keine Ressourcen für diese Arbeit zur Verfügung. Immerhin hat das nationale Ombudsbüro beschlossen, mindestens eine Person aus jeder Kommunalen Beratungsstelle für Gewaltopfer (SLIM) in der Methode zu schulen. Und die NRO Infante bietet Online-Schulungen an.

Was hat sonst noch gut funktioniert?

Die angeleiteten oder selbstorganisierten Selbsthilfegruppen von Gewaltbetroffenen. Ursprünglich waren sie vor allem für betroffene Frauen gedacht. Aber über die Gruppen wurde der Mechanismus der Rechtspromotorinnen gefördert, der im Gesetz 348 vorgesehen ist. Im Munizip von Sacaba ist das inzwischen so etabliert, dass die Stadtverwaltung den Promotorinnen zumindest die Transportkosten erstattet. Die Problematik konnte dadurch sichtbarer gemacht werden. Und auch andere Frauen in den Vierteln wurden darüber informiert, was bei Gewalt getan werden kann und welche Unterstützungsangebote es gibt, etwa in den SLIM oder den Sondereinheiten der Polizei zur Bekämpfung genderbasierter Gewalt (FELCV). Aber nicht alle Frauen wollen Anzeige erstatten, sie wollen einfach wissen, wie sie ihre Beziehungskonflikte besser lösen können. Die Promotorinnen treten unterstützend, aber auch vorbeugend in Aktion.

Viele Mitarbeitende der Polizei oder der SLIM erleben zu Hause selbst Gewalt oder üben sie aus.

Es gibt Techniken der Selbstsorge für das Personal, das Fälle von Gewalt betreut, die aber auch in der Betreuung selbst oder zu Hause genutzt werden können. Zum Beispiel Techniken zum Umgang mit Aggressionen, die auch in



Die eigene patriarchale Vorgeschichte kann jederzeit zum Vorschein kommen

Bolivien: Interview mit der Psychologin Fanny Guzmán über Gewaltprävention

der Arbeit mit Männern Anwendung finden. Es geht darum, wie sie sich beruhigen und dann ins Gespräch mit der Partnerin oder den Kindern kommen können.

Es gab den Fall eines Tätertherapeuten, der maßgeblich an der Entwicklung des Handbuchs „Frente a Frente“ beteiligt war und später selbst gewalttätig gegenüber seiner Partnerin wurde. Anscheinend reicht es nicht aus, eine Methode erlernt zu haben.

Wer mit Menschen arbeitet, wird immer mit der sogenannten „Fehlermarge“ rechnen müssen. Elemente aus der eigenen patriarchalen Vorgeschichte können jederzeit wieder zum Vorschein kommen, wenn sie so tief sitzen, dass sie nicht aufgearbeitet werden konnten. Leider beschränken wir uns häufig bei therapeutischen Prozessen auf einzelne Elemente, statt ganzheitlich zu arbeiten.

Und was ist mit den Polizistinnen, die sich beruflich um Gewaltopfer kümmern und zu Hause selbst Gewalt erdulden?

Wir haben nicht nur mit den Polizistinnen, sondern auch mit Polizeianwärterinnen in der Ausbildung gearbeitet. Sie erleben die Polizei als extrem hierarchisch. Hinzu kommt, dass die Vorgesetzten meist Männer sind. Das wird von diesen Frauen so verinnerlicht, dass sie die erlebte Unterordnung in ihr Privatleben übertragen und Entscheidungen den Männern überlassen. Der einzige Moment, in dem sie sich überlegen fühlen, ist, wenn sie in Uniform einem Gewalttäter gegenüberstehen. Ich fragte sie einmal, warum sie glaubten, diese Männer anschreien zu müssen. Weil sie die Autorität seien, antworteten sie. Wenn ihr diesen Männern höflich begegnen würdet, sagte ich, würdet ihr andere Umgangsformen fördern.

Zahlreiche NRO wie Solidar Suisse, CECASEM, Comunidad de Derechos Humanos oder eben INTERTEAM / Comundo haben viele Jahre investiert, um neue Methoden in der Polizei oder den SLIM zu etablieren. Was davon hat sich in den Institutionen durchgesetzt?

Man kann leicht den Eindruck bekommen, dass die jedes Jahr neu angebotenen Fortbildungen

wegen der hohen Personalfuktuation keine Wirkung haben. Aber selbst wenn eine Person nicht in der gleichen Einrichtung oder dem gleichen Munizip bleibt, gibt es viele, die 15 Jahre lang auf wechselnden Positionen im öffentlichen Dienst zum gleichen Thema tätig sind. Diese Personen tragen die Methodenkenntnisse weiter, wenn die Verweildauer an dieser Stelle nicht zu kurz ist.

Wie sieht das bei den SLIM oder der Polizei aus? War der Methodentransfer erfolgreich?



Foto: PETER STRACK

Fanny Guzmán

Ein gewisser Wandel kann durchaus festgestellt werden. Im Munizip Colcapirhua zum Beispiel gibt es inzwischen eine feste Gewaltpräventionsbeauftragte des SLIM für Schulen und das Munizip. Das Amt wurde extra für eine Person geschaffen, die eine zentrale Rolle bei den Fortbildungsveranstaltungen gespielt hatte, die wir mit der Regionalregierung organisiert hatten.

In Santa Cruz wurde der Prävention sogar oberste Priorität eingeräumt. Dort herrscht die Meinung, dass dadurch die Zahl der Feminizide in der Tieflandmetropole reduziert werden konnte. Auch haben zahlreiche SLIM wie das von Cochabamba inzwischen begleitete Selbsthilfegruppen eingerichtet und damit die früher rein individuelle Betreuung überwunden. Die Männergruppen, die gleichzeitig geschaffen worden waren, wurden jedoch wegen Budget-Engpässen wieder eingestellt.

Bei der Polizei sind allerdings eher Rückschritte zu verzeichnen. In Cochabamba gab es bis 2019 noch mehr dezentrale Einheiten in den Provinzen. Auch hier werden Finanzengpässe als Grund angeführt. Die in Interventions- oder Selbstorgetechniken ausgebildeten Polizist*innen arbeiten inzwischen bei der Verkehrs- oder Drogenpolizei. Die Methoden sind in den Sondereinheiten FELCV nicht mehr präsent. Die Vorgesetzten interessieren die Fallzahlen, die sie als Erfolg präsentieren können, nicht die Qualität der Arbeit. Das sollte uns aber nicht den Mut nehmen, weiter zu arbeiten. Vor allem wenn wir an diejenigen denken, die sich tatsächlich seit vielen Jahren im öffentlichen Dienst aktiv einbringen. ■





Gefahr von allen Seiten

Ein Gespräch zur Gemeinschaftspolizei in Guerrero, Mexiko

Treffen von Gemeinschaftspolizisten aus indigenen und afromexikanischen Gemeinden in Totomixtlahuaca, Tlacoapa, Guerrero am 14. Oktober 2023

Foto: LACHNOLLAN.ORG

Onésimo Ortega Ayala stammt aus der Region La Montaña in Guerrero, wo 1995 eine indigene Gemeinschaftspolizei (Policía Comunitaria, PC) entstand. Der Anthropologe forscht seit 2010 zu diesem Ansatz für ein alternatives Sicherheitssystem. Bei seiner Forschung beschäftigt ihn vor allem die Frage, woraus die Gemeindevertretungen, die massiven Angriffen ausgesetzt sind, Kraft für ihren Widerstand ziehen. Dieser Widerstand, so Ortega Ayala, kann ohne die soziale Wut, die zur Organisierung führte, nicht erklärt werden. Was bei der Bevölkerung der Region das Fass zum Überlaufen brachte, war die sexualisierte Gewalt gegen Frauen. Britt Weyde sprach mit dem Wissenschaftler über die schwierigen aktuellen Bedingungen für gemeinschaftsbasierte Ansätze gegen Gewalt.

Die Ursachen für die Gründung der CRAC-PC in den 1990ern sind immer noch da: Gewalt von Seiten der Organisierten Kriminalität, Strafflosigkeit für die Täter*innen, die mit der lokalen Politik gemeinsame Sache machen. Wie funktioniert die CRAC-PC angesichts dessen heutzutage?

Als die CRAC-PC entstand, wollten die Gemeindevertretungen ein bestimmtes Sicherheitsmodell umsetzen, weil die Politik den Problemen in der Region, wie Viehdiebstählen und Raubüberfällen, keine Beachtung schenkte. Die Situation spitzte sich zu, als Frauen aus den Gemeinden vergewaltigt wurden. Das war ein schwerwiegender Angriff auf das Sozialgefüge. Die Gemeinschaften nahmen das Thema Sicherheit selbst in die Hand, gemäß ihrer indigenen Praktiken. Das rief den Staat auf den Plan, der darauf verwies, dass öffentliche Sicherheit und Rechtsprechung Angelegenheit der staatlichen Institutionen seien. Mit der Organisierten Kriminalität hatte die Region schon seit Jahrzehnten zu kämpfen, aber ab 2006 verschärfte sich die Situation weiter, als der damalige Präsident Felipe Calderón

den „Krieg gegen die Drogen“ ausrief. Unter seiner Regierung (von 2006 bis 2012) kam es im ganzen Land zu regelrechten Gewaltausbrüchen. Die staatlichen Angriffe auf die Kartelle, die Festnahmen und Tötungen ihrer Anführer hatten eine Aufsplitterung der kriminellen Gruppen zur Folge. Seitdem haben wir es mit mehreren kriminellen Akteuren zu tun. In Guerrero zeigte sich diese Entwicklung vor allem 2008 bis 2010. Gleichzeitig unternahm der Staat alles Mögliche, um die CRAC-PC zu schwächen. Sie warf sie in einen Topf mit den kriminellen Gruppen, indem sie unterschiedslos von gewaltsamen Auseinandersetzungen illegaler Akteure sprach und es schaffte, die vormals gut verwurzelte und zum Teil erfolgreiche Organisation zu spalten.

Seitdem gibt es zwei Zusammenschlüsse: die sogenannte historische CRAC-PC, mit Sitz in San Luis Acatlán, und eine andere Gruppe, die von ersterer ausgeschlossen wurde. Sie gründeten einen neuen Zusammenschluss mit den Sicherheitsprinzipien gemäß ihrer überlieferten Philosophie und gaben sich den Zusatz „Pueblos Fundadores“, PF („Gründervölker“). Dieser neue Zusammenschluss versucht das ursprüngliche Regelwerk zu bewahren, während die „historische“ CRAC-PC in San Luis Acatlán den gemeinschaftlichen Anspruch verloren hat: Die Versammlungen auf Gemeindeebene, die von Anfang an ein zentraler und mit Entscheidungsbefugnissen ausgestatteter Bestandteil der Sicherheitsarchitektur gewesen waren, spielen bei der CRAC-PC seit 2012 keine Rolle mehr. Auch wenn sie nach außen ein anderes Bild vermittelt, musste ich bei meiner Feldforschung feststellen, dass die CRAC-PC nicht mehr an die Gemeindeversammlungen rückgekoppelt ist. Von der ursprünglichen horizontalen Struktur ist wenig übrig. Meine Interviewpartner*innen vor Ort haben mir das bestätigt. Die führenden Köpfe der CRAC-PC vertreten nicht mehr das Gemeinwohl, sondern verfolgen eigene – ökonomische oder politische – Interessen und sind einen Pakt mit der Lokalregierung eingegangen.

Ist damit der ursprüngliche Ansatz gescheitert?

Ja, aber der neue Zusammenschluss der CRAC-PF verortet sich jetzt mit seinen Casas de Justicia (Zentren, in denen die indigene Rechtsprechung erfolgt, Anm. d. Red.) in Chilapa. Hier versuchen sie den ursprünglichen Organisationsansatz der Gemeinschaftspolizei und -justiz wiederzubeleben. Darüber hinaus versuchen sie umfassendere autonome Strukturen nach dem Vorbild der Zapatistas aufzubauen, was allerdings von der lokalen Politik torpediert und durch die systematischen Angriffe der illegalen Gruppen erschwert wird. Vor zwei Jahren verstarb einer der wichtigsten Köpfe der CRAC-PF, Cirino Plácido Valerio, an einer schweren Krankheit. Und vor kurzem, am 17. Oktober 2023, wurde sein Bruder Bruno Plácido Valerio umgebracht. Die CRAC-PF prangert an, dass der Staat gegen die Angriffe von Seiten der dominierenden illegalen Gruppen¹ nichts unternimmt. Aktuell kommt die CRAC-PF mit ihrem Autonomieprojekt nicht weiter, da sie sich vor allem gegen Morde und Vertreibungen verteidigen müssen.

Wie ist die Haltung der aktuellen Regierung unter Andrés Manuel López Obrador (AMLO)?

Der Regierungswechsel zu AMLO vor fünf Jahren hat nichts geändert. Die Gemeinschaften sagen: Die Farbe der jeweiligen Regierungspartei ist egal, wir leiden unter der herrschenden struk-

turellen Gewalt. Die Militarisierung im gesamten Staatsgebiet macht gerade alles noch schlimmer und trifft vor allem die organisierten Gemeinden. Vor einem Jahr, Ende Oktober 2022, war Präsident AMLO in der Region. Drei Gemeindevertreter sprachen in Chilapa mit ihm und verlangten, dass die Regierung etwas gegen die Gewalt unternimmt und die Gewalttäter festnimmt. Zwei Wochen später verschwanden die drei. Wenige Tage später wurden sie ermordet aufgefunden, umgebracht von genau der kriminellen Gruppe, deren Gewalt sie angeprangert hatten. (2) Du kannst nichts mehr öffentlich sagen, ohne dass sie dich verschwinden lassen oder umbringen. Das geschah praktisch unter den Augen des Präsidenten! Er war vor Ort und sie hatten ihn um Schutz gebeten.

AMLO hatte bei seinem Amtsantritt mit dem Motto „abrazos y no balazos“ (Umarmungen, keine Kugeln) einen anderen Umgang mit Gewalt verkündet. Doch mit der Militarisierung des Landes hat er sich davon verabschiedet. Die gegenwärtige Präsenz der Guardia Nacional, die geschaffen wurde, um für Sicherheit zu sorgen, bietet dem Morden keinen Einhalt. Dieser Vorfall letztes Jahr stellt nur die Spitze des Eisberges dar. Der Alltag der Gemeindevertreter*innen ist durch Einschränkungen und Bedrohungen geprägt.

Welche Perspektive gibt es für die organisierten Gemeinden in La Montaña?

Was auf uns zukommt, ist ungewiss. Statt für Sicherheit zu sorgen, zielt die Politik offenbar darauf ab, Autonomieprojekte und soziale Bewegungen zu schwächen und zu spalten. Deswegen ist es für die organisierten Gemeinden umso wichtiger, wachsam zu sein, sich zu organisieren und zu verteidigen. ■



Foto: HERIBERTO PLACIDO
Bruno Plácido Valerio, seit Jahrzehnten Gemeinschaftspolizist, wurde am 17. Oktober 2023 erschossen.

Das Sicherheits- und Justizsystem von La Montaña war von Anfang an zweigleisig angelegt: Die 1995 gegründete Gemeinschaftspolizei (Policía Comunitaria, PC), sorgte für den Schutz der Bevölkerung; die 1998 gegründete Regionalkoordination der Gemeindevertretungen (Coordinadora Regional de Autoridades Comunitarias, CRAC) war für die Rechtsprechung zuständig. Die Gemeinschaftspolizei berief sich von Anfang an auf die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, das einzige internationale Abkommen für indigene Bevölkerung, um Landrechte und Mitbestimmung zu gewährleisten. Auf nationaler Ebene verleiht Artikel 2 der mexikanischen Verfassung, in dem die Identität und die Rechte der indigenen Gemeinschaften definiert werden, (mit Einschränkungen) die Befugnis, gesellschaftliche Wachposten zu gründen. Das Menschenrechtszentrum Tlachinollan und der Autor Luis Hernández Navarro geben an, dass es die CRAC-PC vor dem 2006 gestarteten „Krieg gegen die Drogen“ schaffte, die Alltagskriminalität um 90 Prozent zu verringern. Ihr Wirken erstreckte sich auf 147 Gemeinden. Die Mitglieder



der Polizei wurden jedes Jahr auf der Gemeindeversammlung gewählt, was gleichermaßen Anerkennung und Pflicht darstellte, weil die mit dieser Aufgabe Betrauten eine Zeit lang auch kein Gehalt erhielten.

Ähnlich wie in anderen Autonomieprojekten, etwa dem der Zapatistas in Chiapas, beruhten Sanktionen hauptsächlich auf Wiedergutmachung durch gemeinnützige Arbeit. Umzuerziehen statt zu bestrafen ist eine alte überlieferte Idee indigener Gemeinschaften. Die jeweils angemessene Sanktion wurde in der Vollversammlung der Gemeindevertreter*innen besprochen und entschieden.

Hintergründe zu Gemeinschaftspolizei und Kommunalen Selbstverteidigung:

Luis Hernández Navarro, *Kommunale Selbstverteidigung. Formen des bewaffneten Widerstands gegen Mafia und Staat in Mexiko*, Unrast Verlag 2014

<https://www.tlachinollan.org>

1) Zu Beginn des Organisationsprozesses der CRAC-PF waren das vor allem „Los Rojos“ und „Los Arillos“; letztere haben mittlerweile offenbar die Kontrolle über die Gegend übernommen und sind die Hauptverantwortlichen für die Gewalt.

2) Despiden en sus comunidades a los tres indígenas asesinados en Chilapa - Lectura Periódica (lecturaperiodistica.com)

Mehr als „my body, my choice“

Mit Stift und Papier gegen patriarchale Gewalt

Lago Agrio im ecuadorianischen Regenwald, eine mittelgroße Stadt mit enormen Erdölreserven. Vor einer Gruppe von etwa 20 Frauen leitet die Geografin Gabriela Ruales im April 2019 einen Workshop an. Erst sollen sie ihren Körperumriss zeichnen und diesen dann als Landkarte benutzen. Dort tragen sie Orte ein, die sie mögen, und Orte, an denen es Konflikte gibt. Die meisten markieren die Ölfelder, und einige berichteten von Lungen- und gynäkologischen Erkrankungen. Man sollte genauer untersuchen, ob es da einen Zusammenhang gibt, beschließen sie. Kollektive in Lateinamerika und Europa nutzen das Kartieren von solchen Körperterritorien, um patriarchale Ausbeutung von Mensch und Natur sichtbar zu machen. Plädoyer einer Überzeugten.

VON MIRJANA JANDIK

Schritt für Schritt leitet der 2017 erschienene Methodenguide „Mapeando el cuerpo-territorio“ (das Körperterritorium kartieren) durch den Workshop. Mit Methoden aus dem Theater der Sinne werden erst Körpererinnerungen geweckt, dann wird über Zeichnungen eine Reflexion über Ausbeutungsverhältnisse angeregt. Für den Widerstand gegen soziale und territoriale Konflikte ist der Methodenguide gedacht. Weil es immer auch um die patriarchale Dimension dieser Konflikte geht, richten sich die Workshops vor allem an Frauen und „disidencias“, Menschen abseits des klassischen Mann-Frau-Geschlechterspektrums.

Entwickelt hat den Methodenguide das Kollektiv Miradas Críticas del Territorio desde el Feminismo (Kritische Feministische Perspektiven auf das Territorium), eine Gruppe von Geografinnen aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas. Die meisten von ihnen forschen zu Landkonflikten: Bergbau, Ölförderung, Agrarindustrie. Geschäftszweige also, die davon leben, auf Kosten der Umwelt und lokalen Gemeinschaften im großen Stil Ressourcen auszubeuten. Ihre Methodologie soll nicht nur Daten erheben, sondern auch ein Werkzeug des Widerstands gegen kolonial-kapitalistische Großprojekte sein.

Gabriela Ruales erforscht für ihre Doktorarbeit den Goldbergbau in der ecuadorianischen Amazonasprovinz Napo. „In Napo boomt der Bergbau gerade richtig. Alluvialbergbau wird betrieben, also Gold aus Flüssen gewonnen“, erzählt Gabriela. „Das stört das besondere Verhältnis, das die Gemeinden zum Fluss haben, er spielt eine wichtige Rolle

in der sozialen Reproduktion der Gemeinden.“ Um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, haben die Gemeinden schon vor dem Bergbauboom Gold im Fluss geschürft, „aber nicht auf diese extrem extraktivistische Art und Weise“. Gabrielas Kollegin Lorena Rodríguez Lezica forscht zu den Folgen der Agrarindustrie in Uruguay. In La Rocha, an der Grenze zu Brasilien, verbrauchen riesige Reis- und Sojamonokulturen Unmengen an Wasser und verdrängen die kleinbäuerliche Landwirtschaft und Rinderzucht, erzählt die Sozialwissenschaftlerin: „Und wie so oft sind es die Frauen, die die durch Pestizide verursachten Gesundheitsschäden auf den Tisch bringen.“

So unterschiedlich die Kontexte sind, oft haben sie Gemeinsamkeiten: Die Großprojekte sind nicht nur eine Bedrohung für die Umwelt – etwa indem Chemikalien in die Böden und Flüsse gelangen oder Dürren provoziert werden –, sondern auch für das soziale Gefüge in den lokalen Gemeinden. In großem Ausmaß profitieren Konzerne, oft transnationale, während die ökologischen und sozialen Folgekosten an die Gemeinden ausgelagert werden. Für Miradas Críticas ist das die Fortsetzung der über 500 Jahre andauernden kolonialen Ausbeutung des amerikanischen Kontinents. Außerdem halten die Forscherinnen im Methodenguide fest, dass diese Großprojekte in mindestens vier Punkten die ohnehin existierende Ausgrenzung und Gewalt gegen Frauen verschärfen:

- 1) Der öffentliche Raum wird stärker als zuvor von Männern besetzt, zum Beispiel von Angestellten der Unternehmen, privatem Sicherheitspersonal und Militärs.
- 2) Individuen und Gemeinden verlieren Teile ihrer Territorien und Ressourcen und können weniger als zuvor landwirtschaftlich arbeiten. Diejenigen, die von den Unternehmen angestellt werden, machen sich abhängig vom Lohn. Es sind fast ausschließlich Männer.
- 3) Frauen erleben (sexualisierte) Gewalt durch Angestellte der Unternehmen, Sicherheitspersonal und Militärs. Im Zusammenhang mit zunehmendem Alkoholkonsum steigt die sogenannte häusliche Gewalt.
- 4) Wo Frauen für reproduktive Tätigkeiten zuständig sind, erhöht sich ihr Arbeitspensum. Werden Wasserquellen verschmutzt, müssen sie für sauberes Wasser weiter laufen, erkranken deswegen Familienangehörige, müssen sie mehr Zeit für die Pflege aufwenden.

Die Methodologie haben sie über mehrere Jahre anhand ihrer Erfahrungen in verschiedenen Territorien entwickelt. Drei Denkschulen beeinflussten sie: feministische Geographien, dekoloniale Feminismen und der „feminismo comunitario“,

kommunitärer oder gemeindebasierter Feminismus. Letzterer wurde maßgeblich von Aymara-Frauen in Bolivien und Xinca-Frauen in Guatemala entwickelt, Julieta Paredes (Aymara) und Lorena Cabnal (Xinca) sind seine Vordenkerinnen. Von Cabnal stammt der Ausdruck „Mein Körper, mein erstes Territorium, das es zu verteidigen gilt“. In patriarchalen Gesellschaften ist der weibliche Körper umkämpftes Terrain, das erobert und beherrscht werden soll. Lorena Cabnal kämpft seit Jahrzehnten gegen Vergewaltigungen, Zwangsverheiratungen und Feminizide in indigenen Gemeinschaften in Guatemala. Sie fordert, sich als Frauen den weiblichen Körper wieder lustvoll anzueignen. Dafür brauche es aber auch eine gesunde und würdige Umwelt. So kämpft sie gleichzeitig gegen den (neo-)kolonialen Zugriff auf die indigenen Territorien in Form von Edelmetallbergbau: „Die historische unterdrückende Gewalt erlebe ich in meinem ersten Territorium, meinem Körper, genauso wie in meinem historischen Territorium, der Erde. Deswegen ist jede Gewalt gegen Frauen auch ein Angriff auf die Existenz als solche.“

Die Verbindung von Körper und Territorium ist heute in feministischen Bewegungen in ganz Lateinamerika präsent. Auf vielen Demos halten Frauen und „disidencias“ Schilder, auf denen „Mein Körper, mein Territorium“ steht. Während das in Europa und den USA übliche „my body, my choice“ die individuelle Entscheidung über den individuellen Körper in den Vordergrund stellt, betont „mi cuerpo, mi territorio“ die Verbundenheit mit Umwelt und Gemeinschaft und stellt die Ausbeutung in einen (neo-)kolonialen Kontext.

Aber auch und gerade in Europa ist inzwischen klar, dass individualistische Ansätze weder der zunehmenden Prekarisierung noch der immer stärkeren autoritären Rechten genug entgegensetzen können. Vielleicht ist deswegen die Methodologie auch hier auf fruchtbaren Boden gefallen. Die Frankfurter Professorin Johanna Leinius will mit Körperterritorien herausfinden, wie Brücken zwischen sozialen Bewegungen geschlagen werden können, und eine deutsch-spanische Adaption des Methodenguides gibt es inzwischen auch. Damit haben einige von uns Workshops gegeben in Unis, Frauen- und FLINTA (Frauen, Lesben, inter, nichtbinäre, trans und agender Menschen)-Gruppen und in der Besetzung von Lützerath, wo Menschen versucht haben, sich mit ihren Körpern gegen den Kohleabbau zu wehren. In Deutschland Körperterritorien zu kartieren ist oft holprig. Wer ist schon daran gewöhnt, über den eigenen Körper zu sprechen? Geschweige denn ihn zu zeichnen, manche hatten seit der Grundschule keinen Buntstift mehr in der Hand. Gerade bei in Deutschland sozialisierten Menschen stellen wir fest, wie schwer es fällt, von individuellen Erfahrungen auf die struk-

turelle Ebene zu abstrahieren oder über kollektive Strategien nachzudenken. Zwischen migrantisierten und nicht-migrantisierten Genossinnen kann ein Körperterritorienworkshop verschwiegene und ignorierte Wunden offenlegen. Und oft ist unklar, was eigentlich dieses Territorium sein soll, das wir verteidigen. Gibt es das in europäischen urbanen Kontexten?



Foto: DIEGO MUNDAYAN CC BY-ND 2.0 DFEED

Ja, als lebendige Organismen sind wir abhängig von sauberem Wasser und fruchtbarer Erde. Aber ist es in Zeiten von schärferer Antimigrationsrhetorik nicht sogar eine regressive Idee, ein irgendwie mit dem Boden verbundenes Territorium zu verteidigen? Dass unsere „Territorien“ keine ethnischen sind und keine kontrollierbaren Grenzen haben, muss immer klar sein. Trotzdem ist es ein wichtiger Schritt wahrzunehmen, dass Körper nicht von ihrer Umwelt getrennt sind. Denn die hierarchische Trennung von Geist und Körper, Mensch und Umwelt sowie Mann und Frau ist der Kern der patriarchalen Beherrschungslogik: Weil der Geist dem Körper überlegen ist, darf er ihn zurichten, weil der Mensch der Umwelt überlegen ist, darf er sie ausbeuten, weil der Mann der Frau überlegen ist, darf er sie beherrschen.

Eine gemeinsame Auswertung, was wir über die letzten Jahre mit dem Kartieren von Körperterritorien gelernt haben, steht noch aus. Orte und Körperteile auf einem Blatt Papier zusammenzubringen macht noch keine Strategie gegen die komplexen Gewaltverhältnisse unserer Gesellschaften. Aber es kann Teil davon sein, weil es einlädt, zusammenzukommen und zu erkennen, dass unterschiedliche Wunden vom gleichen Messer geschlagen wurden. Im Idealfall gibt es uns den Mut und die Lust, zusammen Wege zu finden, dieses patriarchale Messer stumpf zu machen und uns eine Welt vorzustellen, in der es nicht ums Beherrschen geht, sondern einfach: ums Leben. ■

Das ganze Jahr 2023 wurde in Chile an den 50. Jahrestag des Militärputsches vom 11. September 1973 erinnert. Der Putsch machte nicht nur die Zukunft von Präsident Allende und der Regierung der Unidad Popular zunichte, sondern auch die von sehr vielen Chilen*innen. Die zivil-militärische Diktatur dauerte formell 17 Jahre (vom 11. September 1973 bis zum 11. März 1990). Ihr Erbe dauert über ökonomische, politische und rechtliche Strukturen, die größtenteils bis heute in Kraft sind, weiter an. Auf nachfolgende Generationen haben sich aber nicht nur die Traumata der Diktatur übertragen, sondern auch die Erfahrungen von Kämpfen und Widerstand.

Transgenerationale Erinnerungen

Die Gewalt der Diktatur in Chile ist Jahrzehnte später noch präsent



Der unvermeidliche Lauf der Zeit hat den Schwerpunkt des Interesses an der Diktaturzeit verschoben. In den ersten Jahren standen der Widerstand, die Solidarität und das Anprangern der Diktatur und ihrer Menschenrechtsverbrechen im Vordergrund. Nach 1990 wurde die Erinnerung allmählich komplexer. In den 1990er-Jahren ging es vor allem um die Erinnerung an das gewaltsame Verschwindenlassen, die politischen Hinrichtungen, die sogenannten „emblematischen Fälle“ sowie um die Freilegung von Massengräbern und die Bewahrung einiger der bekanntesten geheimen Haftanstalten. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts setzte dann die Phase des Gedenkens an politische Gefangenschaft und Folter ein und das Territorium wurde markiert, indem zahlreiche Gedenkstätten, Mahnmale und Gedenktafeln errichtet wurden.¹ In den 2010er-Jahren kam als Institution das „Museum der Erinnerung und Menschenrechte“ hinzu. Nichts von alledem kann allein der Regierungspolitik zugeschrieben werden. Vor allem Menschenrechtsgruppen und soziale Bewegungen trieben beharrlich das Fortbestehen der Erinnerung in Chile voran und widersetzten sich den Bemühungen von politischen und institutionellen Akteuren, einen „Schlussstrich“ zu ziehen. Die Aktionen der Zivilgesellschaft haben im letzten Jahrzehnt interessante Wendungen genommen, vor allem im Zusammenspiel

VON XIMENA GOECKE

mit den neuen sozialen Bewegungen im Land. Spezifische Erinnerungen von Kindern, Frauen und sexuell diversen Menschen an die Diktatur konnten miteinbezogen werden – und sogar die der Angehörigen von Täter*innen.

In den letzten Jahren standen junge Menschen an der Spitze der sozialen Bewegungen. Seit dem Jahr 2000 übernahmen sie zunehmend die Verantwortung für verschiedene Menschenrechtsorganisationen und definierten den Kampf für Menschenrechte im Zusammenhang mit der Erinnerung an die Diktatur neu. Die Erforschung der transgenerationalen Erinnerung folgt also nicht nur einem therapeutischen Interesse, sondern ist auch ein Mittel, die Organisationsweise, das politische Handeln und die kulturelle Repräsentation der jungen Generationen zu verstehen, die nun zunehmend den Ton angeben.

So gibt es heute in Chile nicht nur einen Wandel bei den traditionellen Menschenrechtsorganisationen, sondern auch neue Gruppierungen wie HIJOS (Kinder von in der Diktatur Verfolgten), Hijos del Exilio (Kinder des Exils) oder Historias Desobedientes („Ungehorsame Geschichten“, Kinder oder Verwandte von Täter*innen) sind präsent. Neue Verbindungen zu Bewegungen entstehen, die vor allem von jüngeren Generationen angeführt werden: etwa die feministische Bewegung, die die historische Erinnerung in ihr Aktionsprogramm aufgenommen hat und die Kontinuität der

politisch motivierten sexuellen Gewalt anprangert. In einigen Städten haben sich Gruppen von Menschen gebildet, die als Minderjährige selbst Opfer von repressiver Gewalt während der Diktatur waren und auf unterschiedliche Art und Weise gefoltert oder misshandelt wurden (einschließlich Kinder unter fünf Jahren, die mit ihren Familien verhaftet wurden). Zum einen wiederholen sich die Entwicklungszyklen der gesellschaftlichen Erinnerung in Chile, die gekennzeichnet sind durch den „Typus der familiären politischen Gewalterfahrung“. Im öffentlichen Raum treten zunächst die Kinder der Verschwundenen, der aus politischen Gründen Hingerichteten oder der emblematischen Fälle als Akteure auf, dann die der politischen Gefangenen sowie die erst in jüngerer Zeit konzeptionell erfassten Kinder des Exils. Andererseits sind Teile der jüngeren Generationen präsent, die wir grob in zwei Gruppen unterteilen können: Die einen haben die Diktatur erlebt und haben persönliche Erfahrungen und Erinnerungen daran, während die anderen, die ab der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre geboren wurden, keine „eigenen“ Erinnerungen an diese Zeit haben.

Die Verfechter*innen der Straflosigkeit hofften, mit dem Tod der damaligen Akteure werde der Druck für die Durchsetzung von Wahrheit und Gerechtigkeit nachlassen. Die älteren Generationen der Kinder sahen sich in der Pflicht, das Engagement für Erinnerung und Gerechtigkeit zu übernehmen, wobei sie dazu neigten, die politischen Gruppierungen und die aktivistische Praxis früherer Generationen (hauptsächlich der Mütter und Großmütter) zu reproduzieren.

Gegenwärtig gibt es eine Annäherung an den Prozess der gesellschaftlichen Erinnerung, der auch mit den Veränderungen im politischen Gefüge Chiles, insbesondere mit der Studierenden- und der feministischen Bewegung zusammenhängt. Die „Pflicht zur Erinnerung“ überträgt sich auf verschiedene Teile der Jugend: Einerseits sind sie sich der Kontinuität von politischer Gewalt und Unterdrückung bewusst und andererseits wollen sie die Erinnerung an die Kämpfe und den Willen zur sozialen Veränderung wiederbeleben.

Dieses Phänomen ist wichtig, um den Kämpfen um Erinnerung eine neue Bedeutung zu geben. Es ist auch bedeutsam für eine Gesellschaft, die ihre Politik erneuern muss und sich in der Entstehungsphase einer neuen Verfassung sowie neuer Formen der politischen Repräsentation befindet. Der gegenwärtige politische Rahmen scheint offensichtlich nicht den Interessen der neuen Generationen zu entsprechen. Die alten Werte und die Art, Politik zu machen, stimmen offenbar nicht mit den heutigen gesellschaftlichen Erwartungen und dem Wunsch nach Partizipation und Transparenz überein.

Die ersten Studien, die sich mit den jüngeren Generationen und der Übertragung von Erinnerungen befassten, kamen aus der Psychologie und Psychiatrie. Sie beschäftigten sich mit der

sogenannten „Transgenerationalen Traumatisierung“, um zu verstehen, wie die neuen Generationen von den Erzählungen und den Gewaltsituationen betroffen sind, die die Familie aufgrund von Verschwindenlassen, Hinrichtungen oder politischer Gefangenschaft ihrer direkten Verwandten erlebte. Familienmitglieder, die Folter, Exil oder den Verlust von Verwandten erlitten, oder Eltern, die ihre Kinder allein aufziehen mussten, sind offensichtlich schwer betroffen, da ihre affektive und materielle Lebenswelt und Familienökonomie gewaltsam zerstört wurde. Aber auch bei ihren Kindern, die während oder nach der Diktatur geboren wurden, lassen sich Schädigungen nachweisen, die auf langanhaltende traumatische Situationen in der Familie zurückzuführen sind: zum Beispiel tief verwurzeltes Misstrauen, Depressionen, Ängste, Phobien, Wut, Schlaflosigkeit und Alpträume sowie Suchtverhalten. Einige Studien weisen auf eine höhere Selbstmordrate in diesen Generationen hin und auf eine mögliche Psychosomatisierung, die sich durch überdurchschnittliches Auftreten von Krankheiten wie Krebs ausdrückt.

Die Übertragung zwischen den Generationen lässt sich jedoch nicht allein auf die Traumata reduzieren. Die betroffenen Familien haben alternative Formen der Zuneigung und Loyalität weitergegeben und entwickelt – aufgrund der politischen Familienkulturen und als Kompensation für die Auswirkungen, die die Repression auf ihr soziales Umfeld hatte. Mit Mitgliedern aus ihren Organisationen sowie ihren Verwandten bildeten sie eine Art stellvertretende Großfamilie, mit starken Werten und Organisationsvorstellungen, die sowohl beim Überleben oder beim Kampf hilfreich waren als auch bei der Entwicklung von Identität und Zukunftsperspektiven.

Die Ablösung der Generationen und ihr Dialog untereinander haben Auswirkungen auf die politischen Aktionsformen und die soziale Organisation im heutigen Chile. Heute, 50 Jahre nach dem Putsch, sind Künstler*innen der jüngeren Generationen sehr präsent, die die Erinnerung nicht nur pflegen, sondern auch problematisieren. Dokumentar- und Spielfilme, Literatur für Erwachsene und Kinder, Lieder, Performances und Theater sowie grafische und bildende Kunst sorgen heute dafür, dass viele Perspektiven und Bedeutungen wiederhergestellt und neu interpretiert werden. Das trägt dazu bei, die Erinnerung an das Geschehene nicht zu vergessen, was auch eine wichtige Rolle für die Schaffung einer neuen politischen Kultur spielt.

50 Jahre nach dem Militärputsch in Chile zeigt das Engagement der Kinder und Enkelkinder für die Erinnerung sowohl die Tiefe der Schäden, die durch die Diktatur verursacht wurden, als auch die Früchte des Widerstands und der Beharrlichkeit im Kampf gegen die Straflosigkeit. Ihre Kunstwerke spiegeln die Notwendigkeit wider, das politische Projekt des sozialen Wandels neu anzugehen – mit neuen Bedeutungen und unter Infragestellung der alten politischen Strukturen. ■

Dem Teufel näher als dem eigenen Gott

Kirkenskandal wegen sexualisierter Gewalt gegen Minderjährige in Bolivien



Foto: RUBEN PACHECO

Als die spanische Tageszeitung El País am 30. April 2023 Auszüge aus dem Tagebuch des 2009 verstorbenen Alfonso Pedrajas Moreno veröffentlichte, verdrängte dieser Kirkenskandal für kurze Zeit die Skandale rund um Politik und Korruption, die Bolivien regelmäßig erschüttern. Der unter dem Spitznamen „Pica“ bekannte Priester hatte in seiner Lebensbeichte zugegeben, während seiner Zeit in Bolivien mindestens 85 Kindern und Jugendlichen in seiner Obhut sexualisierte Gewalt angetan zu haben. Die meisten Fälle stammen aus seiner Zeit als Lehrer und Direktor des Jesuiteninternats „Juan XXIII“ in Cochabamba. Der Priester sah sich als Spielball im Kampf zwischen Gott und Teufel. Das Leid der Opfer verdrängte er, genau wie seine Ordensbrüder. Gegen die fortdauernde Vertuschung dieser Gewalt gehen die „Juanchos“ vor, ehemalige Schüler*innen des Internats und selbst Betroffene. Sie verlangen Aufklärung und Gerechtigkeit. Da die katholische Kirche in Bolivien eine mächtige gesellschaftliche Kraft ist, muss der Kampf der „Juanchos“ so manche Hindernisse überwinden: die eigene Scham, das Schweigekartell der Täter, das Risiko der sozialen Stigmatisierung sowie (partei)politische Interessen.

José Luis Gareca ist Vertreter der „Juanchos“, wie sich die ehemaligen Schülerinnen und Schüler des Internats nennen. Der Soziologe und Rechtsanwalt hat dort noch drei weitere Priester als Täter identifiziert. Manchmal stritten sich die Priester um ihre „Lieblingskinder“, stets deckten sie sich gegenseitig, manchmal fotografierten sie sich. Was nie an die Öffentlichkeit kommen sollte, ist heute wichtiges Beweismaterial. Hinzu kommen fünf weitere Jesuiten, ebenfalls spanischer Herkunft, die ähnliche Taten in jesuitischen Einrichtungen in La Paz, Sucre, Santa Cruz und Cochabamba begangen haben. Einer davon ist Jorge Vila Despujol, Gründer der bolivianischen Sektion von „Defence

VON PETER STRACK

for Children International“. Die Zahl der betroffenen ehemaligen Kinder und Jugendlichen beziffert Gareca auf ungefähr 400. In 30 Fällen hat er Zeugenaussagen und Beweismittel dokumentiert. Allein die Akte Pedrajas ist inzwischen 7000 Seiten dick. 30 Betroffene haben anonym ausgesagt. Nur ein einziger ist bislang bereit, auch offen vor Gericht aufzutreten. Insbesondere Männer schämen sich, Opfer sexualisierter Gewalt geworden zu sein.

Die meisten „Juanchos“ fühlen sich dieser Tage von der Gesellschaft stigmatisiert. „Du auch?“, würden sie gefragt. Viele mögen nicht glauben, dass die früher hoch angesehenen Wohltäter und Menschenrechtsaktivisten, die der progressiven Befreiungstheologie nahestanden, „so etwas“ getan haben sollen. „Für uns“, räumt Gareca ein, „war Pica so etwas wie ein Heiliger. Doch nachts führte er ein Doppelleben.“ Von dem viele nichts hören wollen: Mitschüler*innen trommeln nun dafür, die Patres gegen Gareca und seine Mitstreiter*innen zu verteidigen. Letztere bekommen sogar anonyme Drohanrufe. „Wir wissen, wo deine Kinder zur Schule gehen.“ Sie wollten die Jesuiten doch nur erpressen, heißt es. Zwar kann nicht ausgeschlossen werden, dass unter den zahlreichen neuen Anschuldigungen, die nach dem Skandal um die Jesuiten an die Öffentlichkeit gelangten, manche auch von Trittbrettfahrer*innen stammen, die von unschuldigen Priestern Geld erpressen wollen. Doch die „Juanchos“ hatten im Gegenteil lange gezögert, ob sie überhaupt „schmutziges Geld“, wie sie es nennen, sprich Entschädigungen von der Kirche, fordern sollten. Eigentlich wollen sie Bestrafung. Doch bis auf eine Ausnahme sind alle direkten Täter inzwischen tot. Deshalb haben sie den derzeitigen Jesuitenprovinzial, den Oberen der Jesuiten in Bolivien, als Rechtsvertreter der Institution angeklagt.

Die Anwältin der Jesuiten bezeichnet die Anzeige gegen den derzeitigen Provinzial als grundlos. Er ist erst seit wenigen Monaten im Amt. Als die Vergewaltigungen geschahen, sei er noch nicht auf der Welt gewesen. Die Jesuiten verweisen zudem darauf, selbst Anzeige erstattet zu haben (aller-

1) Pederastia, Ex jesuita Pedro Lima denuncia..., Camera de Senadores del Estado Plurinacional de Bolivia, Comisión especial de investigación de pederastia clerical, Serie „Abusos clericales“, No. 2, Ediciones Somos Sur, Cochabamba 2023

dings nur gegenüber Toten), ihre Kinderschutzpolitik überarbeitet und ein Nottelefon für mögliche weitere Opfer eingerichtet zu haben. Die Psychiaterin Elizabeth Patiño, die vor Jahren bereits im Fall Jorge Vila gegenüber den Jesuiten auf Aufklärung und institutionelle Reformen gedrängt hatte, hält dies nicht für ausreichend. Bislang habe der Orden nur die eigenen Interessen verfolgt und versucht, die Verbrechen zu vertuschen. Schließlich hat es an Hinweisen und Anzeigen gegenüber der „Gesellschaft Jesu“ auch in der Vergangenheit nicht gemangelt: Francis Pérez (Francesc Peris) zum Beispiel war in Spanien wegen Vergewaltigung eines Mädchens angezeigt und dennoch nach Bolivien in das Jesuiteninternat geschickt worden. Und Luis Tó, im Noviziat der Jesuiten in Bolivien Lehrer für „Ethik und Sexualmoral“, war zuvor in Spanien sogar verurteilt worden. Eine Versetzung blieb auch in Bolivien die einzige persönliche Konsequenz, obwohl die bolivianische Gesetzgebung in solchen Fällen zur Strafanzeige verpflichtet. Gareca berichtet von Protestaktionen der Schüler*innenschaft in den 80er- und 90er-Jahren gegen die „Privilegien“ bestimmter Mädchen. Ein Mädchen habe sich während der Exerzitien offenbart und sei von Pica deshalb geohrfeigt worden. Der Jesuit sei daraufhin zwar in ein Bergwerkszentrum strafversetzt worden, doch auch von dort sind weitere Fälle dokumentiert, betont Gareca.

Nach Beschwerden gegenüber anderen Jesuiten und dem damaligen Provinzial sowie einem Streik 1995 seien die Beschwerdeführer der Schule verwiesen worden. Andere hätten Stipendien, Reisen, eine Wohnung oder eine Arbeitsstelle in einer Jesuiteninstitution bekommen. Ohne die Chance, ihr Trauma zu verarbeiten, seien manche selbst zu Tätern geworden, berichtet Gareca. Viele haben schwere seelische Probleme, Schwierigkeiten, eine Familie zu gründen oder Arbeit zu finden. Manche seien heute in der Psychiatrie oder hätten Selbstmord begangen.

Einer der Hauptzeugen heute war von 1992 bis 2001 selbst Mitglied des Jesuitenordens. Pedro Lima ist aber nicht nur Zeuge, sondern auch eines der Opfer von Pedrajas. Er entschied sich im Jahr 2000, gegenüber dem Provinzial Anzeige zu erstatten. Doch nicht „Pica“, sondern Lima wurde aus dem Orden ausgeschlossen. Pedrajas habe nicht nur weiter unterrichten können. Er sei sogar zum Lehrer der Novizen ernannt worden, beklagte Pedro Lima vor einer Untersuchungskommission des bolivianischen Parlaments. In anderen Fällen, die er angezeigt habe, habe es ordensinterne Untersuchungen gegeben. Doch die seien in Rom archiviert

worden. Laut Lima kein Wunder, denn einer der dortigen Verantwortlichen für die Untersuchungen sei Jordi Bertomeu, ebenfalls Katalane und Freund von Marco Recolóns. Der sei mit Unterstützung der Gruppe der Päderasten zunächst zum Provinzial in Bolivien gewählt, später Chef der Jesuiten in ganz Südamerika geworden. Er sei einer der Hauptverantwortlichen für die Vertuschung.

Die Täter, so Zeuge Pedro Lima vor dem Parlamentsausschuss¹, hätten gezielt nach Kindern gesucht, die keine Eltern mehr oder häusliche Probleme hatten. Aber auch Bestechung und Drohungen seien eingesetzt worden. Als er einmal Luis Tó konfrontierte, habe der geantwortet: „Gott vergibt bei der Beichte. Darüber hinaus gibt es nichts mehr zu sagen.“ Und Pedrajas habe ihm gesagt: „Solange du einem Armen Dach und Essen gibst, interessiert das Thema Sexualität nicht weiter. Mach keinen Ärger deswegen.“ Auf die Frage, warum es erst der Veröffentlichung des Tagebuchs von Pedrajas bedurfte, um Strafanzeige zu erstatten, antwortet Gareca, der Vertreter der betroffenen Alumni der Schule: „Man hätte mich für verrückt erklärt, wegen Diffamierung angezeigt und meine Familie in den Dreck gezogen.“ Die Jesuiten seien bis heute eine sehr mächtige Institution in der bolivianischen Gesellschaft.

Deswegen hat der Fall der Päderasten auch eine politische Dimension. Tatsächlich gehören die Kirche und zahlreiche den Jesuiten nahestehende oder von ihnen gegründete NRO nicht nur zu den heftigsten Kritikern des Autoritarismus der aktuellen Regierung. Sie konkurrieren auch um die Loyalität der ärmeren Bevölkerungsgruppen. So nutzten die Jesuiten ein ähnliches Argument wie die „Bewegung zum Sozialismus“ (MAS) im Hinblick auf ihre Probleme mit Korruption in den eigenen Reihen: Man solle nicht die Institution verantwortlich machen und die Fälle nicht politisieren.

Bei den aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der MAS ist es vor diesem Hintergrund politisch brisant, dass gegen den Parteichef aus der Zeit, als er selbst noch Präsident war, Anzeigen wegen Päderastie erstattet wurden. Bislang wurden sie von der Justiz alle abgewiesen. Doch nun lassen die Stimmen aus oppositionellen Kreisen nicht auf sich warten, die von Staatsanwaltschaft und Regierung ein ähnlich energisches Vorgehen gegenüber Morales fordern wie gegenüber den Jesuiten.

Das hatte wiederum zur Folge, dass im Parlament die Morales-treuen Abgeordneten zusammen mit Oppositionsmitgliedern gegen ein vom Justizminister vorgelegtes Gesetz stimmten, das die Strafen für sexualisierte Gewalt gegen Kinder verschärfen und die bislang geltende Verjährungsfrist aufheben sollte. ■



Foto: FRANCISCO SOSA

Sicherheit für wen?

Strategien gegen Polizeigewalt in São Paulo

In Brasilien forderte die exzessive Gewalt von Polizei und Militär 2021 über 6000 Todesopfer, vor allem in Städten wie Rio de Janeiro und São Paulo. Kinder und Jugendliche in der Peripherie sind besonders betroffen: Schwarze junge Männer stehen unter Generalverdacht, und die Strafverfolgung von gewalttätigen Polizisten ist selten. Ein Gespräch mit der Kinderrechtlerin Néia Bueno über Perspektiven, wie die Spirale der Gewalt beendet werden könnte.



Was ist das Projekt Meninos e Meninas de Rua (PMMR) und welche Grundsätze verfolgt eure Organisation?

Das PMMR ist eine Nichtregierungsorganisation (NRO), die ursprünglich auf die Betreuung von Straßenkindern und -jugendlichen ausgerichtet war. Mit der Zeit haben wir unsere Arbeit auf die Peripherien der Metropolregion ausgedehnt. Unser Ziel war immer die Unterstützung von Kindern in äußerst prekären Situationen, die Gewalt erlebten und gezwungen waren, auf der Straße zu leben.

Das PMMR hat einen Ansatz der sozialen Bewegung. Wir sind hier in der ABC-Region (Sieben Gemeinden umfassender Teil der Metropolregion São Paulos mit etwa 2,7 Millionen Einwohner*innen, d. Red), die schon lange sehr politisiert ist und ein Zentrum des Gewerkschaftswesens bildet. Aus São Bernardo zum Beispiel stammen wichtige Gewerkschaftsführer, darunter Lula. Unsere Rolle geht über die soziale Unterstützung hinaus: Wir möchten die Menschen dazu befähigen, Protagonisten ihrer eigenen Geschichte zu sein, und erreichen, dass sich die Menschen dessen bewusst werden, dass sie nicht aufgrund eines göttlichen Willens in Armut leben, sondern wegen eines extrem ungleichen Systems. Brasilien ist für seine Ungleichheit bekannt. Unsere Organisation befindet sich in einer sehr reichen Gegend, neben 350 m² großen Luxus-Apartments. Diese Diskrepanz muss betont werden. Brasilien hat nach China und den Vereinigten Staaten die dritthöchste Rate an Gefängnisinsassen. Es herrscht eine politische Strategie der Inhaftierung, die die Bevölkerung verinnerlicht hat.

Wie siehst du die Rolle der Militärpolizei in São Paulo? Welche Rolle spielt Rassismus bei den Fragen, mit denen du dich befasst?

Wenn wir über die Entmilitarisierung der Militärpolizei sprechen, stellen sich viele Menschen vor, dass wir die Polizei entwaffnen wollen. Tatsächlich streben wir an, dass sich die Haltung der Polizei ändert. Die Militärpolizei vertritt eine militaristische Sichtweise, deren Wurzeln in der Diktatur liegen: Die Einstufung als verdächtige Person beruht auf physischen Stereotypen. Das hat zur Folge, dass Schwarze Menschen oft als verdächtig angesehen werden.

In den Vororten ist das Vorgehen der Militärpolizei oft gewaltsam. Die eingesetzten Mittel reichen von Festnahmen und Demütigungen bis hin zu Folter. Anstatt sich im Dienst für die Bevölkerung zu sehen, wird diese als Feind behandelt. Sie brechen Türen auf, beschädigen Häuser, zerstören Dokumente, verletzen Menschen. Es herrscht eine Atmosphäre des Hasses gegenüber armen Menschen, insbesondere gegenüber armen Schwarzen Menschen. Die Reaktion der Betroffenen auf diese Vorgehensweise ist oft konfrontativ, was zu neuen Gefahren führt. Menschenrechtsverteidiger*innen, die solche Situationen anprangern, sind ebenfalls gefährdet und benötigen häufig Schutzprogramme. Die Beziehung zwischen der Polizei und der Bevölkerung in São Paulo ist äußerst angespannt, auch wenn sie in den Statistiken nicht als die tödlichste, so doch als die gewalttätigste erscheint.

Die Opfer haben oft ein ähnliches Profil wie die Polizisten.

Ja! Oft scheint es, als ob sie so handeln, weil sie etwas von sich selbst in der gegenüberstehenden Person sehen. Als ob sie denken würden: „Ich werde dich schikanieren, weil ich mich in dir wiedererkenne.“ Deswegen denken wir, dass der Einsatz von Körperkameras sehr wichtig ist. Es gibt jedoch auch viele Fälle, in denen Menschen von Polizisten zu einem

Zeitpunkt ermordet werden, in dem diese keine Uniform tragen. Das erschwert es, sie als Polizisten zu identifizieren.

Ihr seid Teil des „Rede Contra o Genocídio“ (Netzwerk gegen den Genozid). Wie arbeitet das Netzwerk?

Das Netzwerk besteht aus einem Zusammenschluss von Organisationen und Einzelpersonen, die die Funktionsweise des Systems anprangern. Das Netzwerk hat ein großes Mobilisierungspotenzial. Sobald ein Fall beispielsweise von Polizeigewalt auftritt, geht das Netzwerk an die Öffentlichkeit. Wir mobilisieren die Gemeinde, sprechen mit den Menschen, führen Veranstaltungen durch und versuchen, die Schuldigen zu identifizieren, während wir Kontakt zu anderen sozialen Bewegungen aufnehmen. Die Idee ist, Druck auf der Straße auszuüben, insbesondere in den Gemeinden, in denen so etwas geschieht. Wir wenden uns auch an die Staatsanwaltschaft und haben bereits signifikante Fortschritte erwirkt, etwa die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle der Polizei.

Wie kümmert ihr euch parallel um die betroffenen Familien?

Wir führen Aktionen durch, bei denen die Aktivist*innen nach dem Protest nach Hause gehen, aber die Familien vor Ort bleiben. Wir müssen sehr vorsichtig sein, um die Familien nicht zu gefährden. Zum Beispiel bei dem Massaker in Paraisópolis im Jahr 2019, als neun junge Menschen von der Militärpolizei während einer DZ7-Veranstaltung umgebracht wurden (DZ7 ist ein bekanntes Funk-Partyformat, siehe auch Beitrag in der ila 445, d. Red.). Die Demonstrationen organisierten wir vor dem Hauptquartier des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, um zu verhindern, dass man die Bewohner*innen vor Ort identifizieren konnte. Das trägt dazu bei, die Familien vor möglichen Vergeltungsmaßnahmen zu schützen.

Ich sehe hinter dir ein Schild, das den Rassismus der Supermarktkette Carrefour anprangert. War das eine gemeinsame Aktion des Netzwerks?

Ja, wir waren als Teil des Netzwerks gemeinsam mit anderen Gruppen daran beteiligt. Im Jahr 2020 wurde João Alberto Silveira Freitas, ein Schwarzer Mann, von zwei *weißen* Sicherheitskräften des Unternehmens in Rio Grande do Sul zu Tode geprügelt. Danach haben sie ein Sicherheitsprotokoll mit externen Unternehmen eingeführt. Trotzdem passieren weiterhin solche Vorfälle. Carrefour ist in solche Situationen wiederholt verwickelt. Das Vorgehen dieses Unternehmens muss weiter beobachtet werden. Möglicherweise ist ein umfangreicher Boykott erforderlich.

Wie wirkte sich der Aufstieg der extremen Rechten auf eure Arbeit aus?

Nach dem Aufstieg der rechten Bewegung im Jahr 2013 und vor allem nach dem Putsch gegen Dilma Rousseff im Jahr 2016 waren wir schockiert, die sozialen Bewegungen wurden geschwächt. Das erschwert es, Menschen für Demonstrationen auf der Straße zu gewinnen. Aber das betrifft nicht nur uns, sondern die gesamte linke Bewegung. Es ist daher nicht überraschend, dass Jair Bolsonaro dann die Wahlen gewann. Jetzt haben wir ein zutiefst gespaltenes Land. Bolsonaro wusste das auszunutzen. Nun ist es entscheidend, die sozialen Bewegungen wieder aufzubauen und zu stärken.

Welche Perspektiven siehst du für eure Arbeit trotz der Schwäche der sozialen Bewegungen, auch unabhängig von den jeweiligen Regierungen?

Die Frage der öffentlichen Sicherheit ist etwas, mit dem sowohl Regierungen auf der linken als auch auf der rechten Seite Schwierigkeiten haben. Die vorherrschende Herangehensweise besteht darin, Menschen umzubringen, statt umfassende Lösungen zu suchen. Wir müssen über ein neues Modell der öffentlichen Sicherheit diskutieren, da niemand umgebracht werden soll, weder das Opfer noch der vermeintliche Kriminelle. Die Vorstellung, dass es nur Kriminelle in den Armenvierteln gibt, ist eine perverse Logik, die in der Gesellschaft tief verwurzelt ist. Die Polizei behandelt oft alle Menschen aus den armen Vierteln wie Verbrecher, aber wir diskutieren nicht darüber, wer die wahren Kriminellen sind.

Néia Bueno ist Aktivistin und Koordinatorin vom „Projeto Meninos e Meninas de Rua“ (PMMR), das seit 1983 in der Metropolregion São Paulo aktiv ist. Die Initiative spielte eine entscheidende Rolle bei der Ausarbeitung des Statuts für Kinder und Jugendliche sowie bei der Aufnahme dieser Rechte in die Bundesverfassung von 1988. Die Organisation kämpft gegen Polizeigewalt in der Peripherie von São Paulo und organisiert Kulturprogramme für die Jugend. Sie ist auch Teil der „Rede de Proteção e Resistência Contra o Genocídio“ (Netzwerk für Schutz vor und Widerstand gegen den Genozid).



Der Tod kommt nicht nur durch Gewehrkugeln, sondern auf vielfältige Weise, wenn Menschen keine Lebensperspektive haben. Frieden ist wichtig, aber wir müssen hinterfragen, für wen dieser Frieden gefordert wird. Über welchen Frieden sprechen wir? Wenn wir eine Kultur des Friedens wollen, müssen wir viele Aspekte angehen. Das Problem ist die existierende Kultur der Gewalt. ■



Das ist unser Land

Garífuna kämpfen gegen systematischen Landraub und Gewalt

Die afro-indigenen Garífuna in Honduras leben in einer ständigen Bedrohung durch Tourismusunternehmen, korrupte staatliche Behörden und das organisierte Verbrechen. Der zunehmenden Vertreibung und dem drohenden Verlust ihrer Kultur begegnen sie mit kollektiver Wiederaneignung ihrer angestammten Territorien.

Die honduranische Insel Roatán ist ein beliebtes Ziel für US-amerikanische Tourist*innen. Für wenig Geld kann hier ein Tauchkurs absolviert und die spektakuläre Unterwasserwelt des zweitgrößten Korallenriffs der Welt erkundet werden. Schicke Hotels, teure Restaurants und Bars stehen dicht an dicht an den weißen Stränden von West End und West Bay. Freizeitvergnügungen wie Jetski oder Fahrten auf einem Bananenboot sind auch im Angebot. Die lokale Bevölkerung – vor allem Black Indigenous People of Color und afro-indigene Garífuna – tauchen hier meist nur als ambulante Händler*innen auf. Oder wenn sie abends für die Hotelgäste traditionelle Musik spielen und ihre Tänze aufführen.

VON STEFFI WASSERMANN

Nur wenige Tourist*innen verirren sich auf die andere Seite der Insel. Eine kurvenreiche Straße mit tiefen Schlaglöchern erschwert das Fortkommen. „Das hier ist der vernachlässigte Teil der Insel“, erklärt Melissa Martínez von der Garífuna-Organisation OFRANEH (Organización Fraternal Negra Hondureña). Sie lebt in Punta Gorda, „der ersten und heute einzigen Garífuna-Gemeinde auf Roatán“. Punta Gorda ist ein symbolischer Ort. Vor mehr als 225 Jahren wurde hier die erste Garífuna-Gemeinde gegründet, Jahre bevor Honduras anfangs als Nationalstaat zu existieren. Das touristische Versprechen von Roatán beruht maßgeblich auf der einzigartigen Kultur der Garífuna. Ihre Sprache, Tänze und Musik wurden von der UNESCO 2001 zum immateriellen Weltkulturerbe erklärt. Doch die Lebensbedingungen auf Roatán und auch auf dem Festland, wo es mehr als 40 weitere Garífuna-Gemeinden gibt, sind hart und von Armut und Perspektivlosigkeit geprägt. Noch. Denn sie drohen zu verschwinden.

Fast 500 Kilometer entfernt steht Miriam Miranda an einem Redner*innenpult in der Hauptstadt Tegucigalpa. „Sie wollen, dass wir als Garífuna aufhören zu existieren“, empört sich die Koordinatorin von OFRANEH. Die Organisation hat

zu einem Forum zur Situation in den Garífuna-Gemeinden eingeladen. „Wir stören. Wir stören an der Küste, wir stören überall, wo wir leben.“ Immer mehr Garífuna verlassen ihre Gemeinden und migrieren in die USA. Offizielle Zahlen gibt es nicht, Schätzungen gehen aber davon aus, dass inzwischen die größte Community in New York lebt. Einer der zentralen Gründe ist der Landraub. Immer mehr Flächen des angestammten Territoriums sind in die Hände von Palmöl- oder Tourismusunternehmen gefallen. Die reichen Eliten des Landes errichten ihre Feriendomizile, und auch das organisierte Verbrechen ist in der Gegend präsent, denn hier verläuft eine der Drogenrouten in die USA. Die Grenzen zwischen Politik, Unternehmen und organisiertem Verbrechen sind fließend.

Von den staatlichen Behörden erwarten die Garífuna keine Unterstützung. „Allein in der Bucht von Trujillo werden im Moment 32 von uns kriminalisiert“, berichtet der Aktivist Mario Solorzano. Er ist einer der Kriminalisierten. „Unter den 32 sind viele junge Leute, auch alleinerziehende Mütter und ältere Menschen.“ Allen wird illegale Landbesetzung vorgeworfen. Die honduranischen Institutionen bleiben eine Antwort schuldig, warum das Betreten des eigenen Landes ein Straftatbestand sein sollte.

Auf internationaler Ebene werden indes die angestammten Landrechte sehr wohl anerkannt. Bereits zwei Gemeinden haben Urteile des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu ihren Gunsten erreicht. Ein weiteres Urteil könnte demnächst erfolgen. Der honduranische Staat wurde bereits 2015 aufgefordert, das geraubte Land an die Garífuna der Gemeinden von Triunfo de la Cruz und Punta Piedra zurückzugeben. Seitdem geht allerdings nichts voran. Im Gegenteil, insbesondere in Triunfo de la Cruz sind Aktivist*innen, die die Umsetzung des Urteils fordern, besonders gefährdet: In den frühen Morgenstunden des 18. Juli 2020 wurden vier Aktivisten von Männern in Polizeiwesten verschleppt. Bis heute fehlt jede Spur von ihnen (siehe *ila* 440). Allein im Jahr 2023 wurden zwei Männer aus Triunfo ermordet, die aus dem Umfeld der Landrechtsaktivist*innen kamen. Der zunehmende Exodus aufgrund der fehlenden Perspektiven droht auch die einzigartige Kultur der Garífuna zum Verschwinden zu bringen.

Zurück auf Roatán. „Buiti Achuluruni – Wagaire Le“¹ begrüßt ein selbstgezeichnetes Schild die Besucher*innen am Eingang nach

Punta Gorda, der ältesten Garífuna-Gemeinde in Zentralamerika. Statt die Straße zum Dorfkern hinab geht es durch ein kleines Loch im Zaun hinauf auf ein wild bewachsenes Gelände. „Wagaire Le wurde am 3. September 2022 gegründet“, erzählt Dorotea Arzú, Bewohnerin der ersten Stunde. Ursprünglich kommt sie aus einem Dorf auf dem Festland. Wie viele andere Garífuna kam sie im September 2022 hierhin, um bei der Rückgewinnung des Landes zu unterstützen. Eine Gruppe um die Aktivistin Melissa Martínez hatte beschlossen, das knapp acht Hektar große Gelände zurückzuerobern, das über dubiose Wege in die Hände einer Privatperson geraten war. „Wir haben dieses Land in Besitz genommen, weil es so viele Dinge gibt, die wir zum Wohle unserer Gemeinschaft machen müssen. Dafür brauchen wir das Land“, erklärt Martínez. Wagaire Le ist einer von mindestens zehn kleineren und größeren Prozessen der Rückgewinnung auf dem angestammten Land der Garífuna. Doch nur zwei Monate nach der friedlichen Wiederinbesitznahme des Landes kam es zur gerichtlich angeordneten Räumung. Polizei und Militär verbrannten und zerstörten alles. Mehrere Personen wurden verletzt, Martínez und Arzú neben vier weiteren Mitstreiter*innen festgenommen. Über mehrere Stunden waren sie inhaftiert und wurden kurze Zeit später dem Haftrichter vorgeführt. Für viele überraschend stellte dieser am Ende klar, dass die Räumung nicht hätte angeordnet werden dürfen. Er betonte, dass es sich um angestammtes Territorium der Garífuna handele, das auf illegale Art und Weise in andere Hände geraten war. „Unsere Tränen wichen einem Lächeln“, erinnert sich Arzú. „Nach wie vor sind wir auf diesem wunderschönen Stück Land, um das wir kämpfen – und für das wir unser Leben geben würden.“

Trotz des Urteils des honduranischen Gerichts – bisher einmalig in der Geschichte der Kämpfe indigener Gemeinschaften in dem Land – bleibt die Lage angespannt. Erst vor einigen Monaten gab es abends von der Straße aus Schüsse auf die Gemeinschaft. Als öffentlich bekanntes Gesicht der Widerständigen erhält Martínez regelmäßig Morddrohungen. Wer genau dahinter steckt, ist unklar. Die Aktivist*innen wissen aber, dass die Drohungen mit ihrem Kampf um ihr angestammtes Land zu tun haben.

In der Zwischenzeit bauen die Garífuna von Wagaire Le ihre kleine Gemeinschaft wieder auf. Momentan leben hier 17 Personen in einfachen Hütten oder Zelten. Oben auf dem Berg steht das erste stabile Holzhaus, um Gäste unterzubringen. Vieles ist noch improvisiert. „Die Trockenheit ist ein Problem. Wagaire Le ist der höchstegelegene Punkt von Punta Gorda und wir haben keinen direkten Zugang zu Wasserversorgung durch die Gemeinde“, fasst Martínez die momentan größte Herausforderung zusammen. Das fehlende Wasser lässt den großen Traum der Bewohner*innen nur langsam vorankommen: sich durch den Anbau eigener Nahrungsmittel selbst zu versorgen.

1) Auf Garífuna: Herzlich willkommen – Das ist unser Land

Steffi Wassermann arbeitet im Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL e.V.) und ist in der Honduras-Solidarität engagiert. Außerdem publiziert sie in verschiedenen Medien.

Ein Bewohner, den trotz seines jungen Alters alle nur „Abuelo“ (Großvater) nennen, führt über das überschaubare Stück Land, das bereits urbar gemacht wurde, um Lebensmittel anzubauen. Er zeigt die ersten erntereifen Wassermelonen, die gemeinsam mit den Kindern gepflanzt wurden. „Auch sie sollten lernen, wie die Dinge angebaut werden“, erklärt er. Allerlei Heilpflanzen, einige Kartoffeln und Kochbananen wachsen hier und dort. In einer kleinen Baumschule werden Mangobäume gezogen. Niemand hier hat Erfahrung in der Landwirtschaft. Miteinander und durch Ausprobieren tasten sie sich voran. Doch wenn der Regen ausbleibt, wie in diesem Jahr, drohen viele Versuche zu scheitern. Martínez bleibt trotzdem optimistisch. „Wir haben einen kollektiven Prozess begonnen und sind um einiges vorangekommen. Wir konnten sogar schon etwas von unserer eigenen Ernte essen.“

Bis eines Tages der Traum von der Selbstversorgung verwirklicht ist, wird Wagaire Le mit Lebensmitteln von OFRANEH unterstützt. „Ich bin eine von denen, die sich um die Küche kümmern“, berichtet Aktivistin Arzú stolz. Das bedeutet, morgens, mittags und abends die hungrigen Bewohner*innen mit Essen zu versorgen. Gekocht wird in einer Außenküche mit zwei traditionellen Lehmöfen, die den ganzen Tag qualmen. Gegen die Invasion von Fliegen und Ameisen, die sich mitleidlos über alles halbwegs Essbare hermachen, wird permanent angekämpft.

Neben der Küche, unter einem palmgedeckten Unterstand, ist der Treffpunkt der kleinen Gemeinschaft. Auf allerlei improvisierten Sitzgelegenheiten können die Bewohner*innen der tropischen Hitze etwas entkommen, hier lassen sie gemeinsam den Tag ausklingen. Musikvideos und Telenovelas scheppern aus mehreren Handys gleichzeitig. Hundewelpen werden verjagt, deren Hoffnung enttäuscht wird, etwas vom Abendessen abzubekommen. Den Strapazen des Lebens wird mit derben Witzen begegnet. Dann schallt das Lachen bis weit über die Baumwipfel von Wagaire Le.

Doch schnell wird die Stimmung wieder angespannt, wenn sich vom Weg her die Silhouette einer Person abzeichnet, die in der Dunkelheit zunächst schwer zu identifizieren ist. Die Bewohner*innen von Wagaire Le wissen, dass jederzeit alles möglich ist. ■



Bewusste Männlichkeiten wählen

Caballito de Mar aus Kolumbien hinterfragt Männlichkeit kritisch



Catalina Hoyos



Andrés Marín

Die Organisation „Caballito de Mar“ (Seepferdchen) aus Medellín wünscht sich eine gerechte und friedliche Gesellschaft. Sie leistet dazu einen Beitrag, indem sie mit verschiedenen Medienformaten den Machismo hinterfragt und andere, neue, kritische, kurz: bewusste Männlichkeiten aufzeigt. Ende Oktober 2023 stellte sie ihre praktische und konzeptionelle Arbeit im Rahmen einer Online-Veranstaltung des F3_kollektivs vor. Ein Veranstaltungsbericht.

Warum sollten wir über „Männlichkeit“ sprechen? Dieses Jahr zeigte die Rezeption des Barbie-Films, dass Begriffe wie „toxische Männlichkeit“ auch in breiteren gesellschaftlichen Kreisen genutzt werden. Diskussionen um sogenannte Kritische Männlichkeit gewinnen an Popularität; gleichzeitig wächst die Kritik an Ansätzen, die unter diesem Label patriarchale und sexistische Gewalt und Strukturen nicht wirklich hinterfragen oder sie gar stabilisieren. Zu welchem Fazit Menschen auch kommen mögen, eine machtkritische Auseinandersetzung mit dem Thema kann hilfreich sein. Davon ist auch das F3_kollektiv überzeugt und machte sich auf die Suche: Wie wird in lateinamerikanischen Ländern über

VON EVELYN LINDE

hegemoniale Männlichkeit gesprochen und welche Ansätze gibt es, von denen Pädagog*innen und Feminist*innen lernen können? Die pädagogische und transmediale Arbeit von Caballito de Mar ist ein Beispiel dafür.

„Das Wissen über bewusste Männlichkeiten allein bedeutet nicht, tatsächlich zu verstehen und dementsprechend zu handeln“, sagt Andrés Marín. Catalina Hoyos Ortega ergänzt: „Deshalb nutzen wir verschiedene Medien, die partizipative Räume öffnen und Menschen einladen, eine aktive Rolle einzunehmen.“ Die beiden sind Teil der kolumbianischen Organisation Caballito de Mar, die hegemoniale Männlichkeit hinterfragt und über andere Formen des Mann-Seins spricht, um eine gesellschaftliche Transformation für mehr Gerechtigkeit und Frieden zu fördern.

Während der Veranstaltung gaben Catalina Hoyos Ortega und Andrés Marín einen Überblick, welchen Herausforderungen sie in Kolumbien gegenüberstehen: In dem südamerikanischen Land werden jährlich mehr als 50 000 Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt erfasst. 42 000 der Fälle betreffen Gewalt gegen Frauen. Feministische Bewegungen, die Sexismus bekämpfen und die Rechte nicht nur von Frauen, sondern auch von inter, trans und nicht-binären Personen verteidigen und in den Statistiken oft unsichtbar gemacht werden, sind also weiterhin unverzichtbar. Eine Statistik, derzufolge in Kolumbien 80 Prozent der Suizide in den letzten Jahren von Männern be-

Evelyn Linde verbindet in ihrer Arbeit im Projekt „Feministische Solidarität. Machtkritisch (digitale) Räume gestalten“ ihr Wissen zu Feminismen, machtkritischer Bildung und Grundbildung. 2019 gründete sie mit anderen das F3_kollektiv.

gangen wurden, wirft allerdings die Frage auf, inwiefern das Patriarchat nicht auch für Männer gewaltvoll ist.

Die Arbeit von Caballito de Mar basiert auf der Überzeugung, dass es eine fiktiv hergestellte Ordnung des Machismo gibt, die es aufzubrechen gilt. Das betrifft kulturelle Praktiken, die Gewalt zu etwas scheinbar Natürlichem machen. Kulturell wurden und werden weltweit Unterschiede hergestellt, hierarchisiert und biologisch begründet. Die Hegemonie des Machismo äußert sich in ungleichen Machtverhältnissen, die politisch und ökonomisch weiterhin grausame Auswirkungen haben. Bestandteil ihrer konkreten Arbeit ist eine transmediale Plattform¹, auf der sie mit audiovisuellen neuen Erzählungen, mit Kunst und Workshops analoge und digitale Ansätze verfolgen, um machistische Gewalt zu bekämpfen.

Wie sie das pädagogisch angehen, stellte Andrés Marín vor: In ihren Workshops arbeiten sie vor allem mit Fragen, statt Beurteilungen und Bewertungen zu präsentieren. „Wie können Männer Emotionen ausdrücken?“ war ein in der Veranstaltung erwähntes Beispiel für eine mögliche Frage. Die Fragen stoßen eine Reflexion über Vorstellungen, Erfahrungen und Vorurteile aus dem Alltag an, sei es im Hinblick auf Care-Arbeit, Sport oder Gefühle. Diesen Fragen nähern sie sich zunächst spielerisch mit Methoden aus dem Theater und Tanz. Um auch ins Handeln zu kommen, spannen sie abschließend den Bogen zu konkreten Handlungsmöglichkeiten im Alltag.

In den Workshops werden sie selbstverständlich immer wieder mit Widerständen konfrontiert. Ziel der pädagogischen Arbeit ist es nicht, diese zu vermeiden, sondern vielmehr eine „Pädagogik des Unbehagens“ zu etablieren. Gleichzeitig bleibt es eine Herausforderung, mehr Männer zu erreichen, die aufgrund ihrer Widerstände gar nicht erst an den Angeboten teilnehmen. Die beiden sprachen auch ganz offen über ein Unbehagen, das sie mit Blick auf die Zielgruppen bei sich selbst reflektierten: Das Projekt arbeitet vor allem im städtischen Raum von Medellín. Sie hatten Vorbehalte, auch in den ländlichen Raum zu gehen, und waren positiv überrascht, auf welche Offenheit sie in den Dörfern gestoßen sind.

Ein Kurzfilmtrailer vermittelte einen Eindruck von ihrer Arbeit mit neuen audiovisuellen Erzählungen.² Catalina Hoyos Ortega lud die Teilnehmer*innen außerdem ein, sich eine Web-Dokumentation³ anzusehen, die unterschiedliche Geschichten erzählt: Jorge beschreibt seinen Weg, Gewalt durch Zärtlichkeit und Sensibilität zu ersetzen, Latoya teilt ihren mutigen Weg der Transition, und Fernando erzählt, wie er mit der Verantwortungsübernahme für Care-Arbeit und Kindererziehung Vorstellungen und Erwartungen an Arbeitsteilung in Frage stellt. Es wurde deutlich, dass es sich lohnt, den Blog, die multimedialen Beiträge und künstlerischen Projekte von Caballito de Mar weiter zu erkunden.

Im zweiten Teil der Veranstaltung stellten Catalina Hoyos Ortega und Andrés Marín vor, mit welchen Konzepten von Männlichkeiten sie arbeiten. Ausgangspunkt ist die Idee,

dass „andere Männlichkeiten“ auf allen Ebenen einen klaren Bruch mit der machistischen Männlichkeit vollziehen müssen. Beim Konzept der „Neuen Männlichkeiten“ besteht die Gefahr, dass nur aktuelle Veränderungen im Ausdruck von Männlichkeit beschrieben werden. Dies bedeutet aber nicht, dass diese zeitgenössischen Männlichkeitsbilder auch kritisch sind und einen Bruch mit dem Machismo darstellen. Wenn der Begriff aber mit einer strukturellen Veränderung verbunden wird, kann das Wort durchaus aufzeigen, dass mit „neu“ andere Formen von Männlichkeit als die bestehenden gemeint sind. Das Konzept der „Alternativen Männlichkeiten“ deutet an, dass etwas fundamental Anderes und Besseres angestrebt wird. Die Referent*innen kritisieren daran jedoch, dass die angestrebte Alternative zu vage bleibt.

Im Anschluss stellten die Referent*innen vier Ansätze vor, auf die sie sich in ihrer praktischen Arbeit beziehen: Das Konzept der „Masculinidades liberadoras“ (befreiende Männlichkeiten) greift die lateinamerikanischen Ansätze der Educación Popular (in etwa: Bildung von unten), der Befreiungstheologie, der feministischen und der queeren Bewegungen auf. Mit politischem und gesellschaftlichem Engagement hat es das Ziel, Machtverhältnisse zu verändern.

Einen weiteren wichtigen Einfluss auf die Arbeit von Caballito de Mar hat der Kolumbianer Javier Omar Ruiz. Seine Idee der „Masculinidades libertarias“ (libertäre Männlichkeiten) sei laut Catalina Hoyos Ortega und Andrés Marín noch gesellschaftskritischer als die „Masculinidades liberadoras“. Vor allem bezieht Ruiz den Ansatz der gesellschaftlichen Transformation auf alltägliche Praktiken. Nach diesem Ansatz wird auf verschiedenen Ebenen gearbeitet: Körper, Erziehung, Sexualität, Liebe, in freundschaftlichen und romantischen Beziehungen, aber auch in Organisationen und der Politik. Um kritische Reflexionen zu Care-Arbeit aufzugreifen, beziehen sie sich außerdem auf „Masculinidades corresponsables“ (mitverantwortliche oder auch co-verantwortliche Männlichkeiten). Eine weitere Ebene, die Entmilitarisierung des Körpers, kann durch das Konzept der „Masculinidades no violentas“ (gewaltfreie Männlichkeiten) reflektiert werden.

Caballito de Mar hat sich dazu entschieden, von „Masculinidades conscientes“ (bewusste Männlichkeiten) zu sprechen. In diesem Konzept beziehen sie sich positiv auf die anderen hier vorgestellten Definitionen. Die „bewussten Männlichkeiten“ ergänzen sie allerdings um zwei zentrale Aspekte: Zum einem betont das Konzept die bewusste Entscheidung, andere Formen von Männlichkeit zu leben. Zum anderen betont es die bewusste Überzeugung, Verantwortung für eine Transformation zu übernehmen und dafür mit Kontinuitäten zu brechen. Also nicht nur das Wissen mit den richtigen Worten wiederzugeben, sondern die Reflexionen und Brüche tatsächlich zu verkörpern. „Bewusste Männlichkeit“ bedeutet, den Weg einzuschlagen, wirklich etwas zu verändern“, so Andrés Marín. Das Schlusswort lag bei Catalina: „Das Hauptziel unserer Arbeit besteht darin, Frieden zu erlangen.“ ■

1) <https://caballitodemar.com.co/navegacion/>

2) https://youtu.be/MKsIE9PrEDM?si=0KH_QSj9li0-cOmD

3) <https://caballitodemar.com.co/historias-de-vida/>



Hier dürfen sich alle beteiligen

Empowerment für die urbane Jugend von Caracas

Eliseb Anuel, Ismar Rodríguez, José Leo und Carlos Pérez aus Caracas, Venezuela, arbeiten an Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Aktivismus, Kultur und „Recht auf Stadt“. Sie bauten El Paranpanpan de Catia mit auf, ein Kollektiv, das sich für urbane Freiräume für Jugendliche und ein Leben frei von Gewalt einsetzt. Catia ist ein von Armut geprägtes Viertel und für seine hohe Gewaltrate bekannt. Die multiplen Krisen im Land hinterlassen auch Spuren bei dem Kollektiv, das in den letzten Jahren nur wenige Aktivitäten realisieren konnte. Ein Gespräch über kollektives Engagement und das Leben in Venezuela.

In welchem Kontext wurde El Paranpanpan de Catia vor zehn Jahren gegründet?

C.: Paranpanpan entstand aus den Bedürfnissen der jungen Leute von Catia. Unser Viertel ist nicht nur ein Ort, wo Gewalt grassiert und es unzählige Waffen gibt, sondern auch ein Ort mit vielfältigen kulturellen Ausdrucksformen, die sich entfalten möchten.

I.: Die jungen Leute hatten keine Räume, um sich auszudrücken, keine Möglichkeit, etwas zu gestalten. Vor allem wegen der Repression, die von der Polizei, aber auch bestimmten staatlichen Stellen ausgeht. Junge Leute erleiden täglich Übergriffe, weil sie anders sind. Weil du das Mädchen bist, das einen kurzen Rock trägt, weil du tätowiert oder Schwarz bist. Wenn du nicht zur oberen Mittelschicht gehörst, nicht wohlhabend und weiß bist, sollst du schweigen, unterwürfig sein und zu allem ja sagen.

E.: Paranpanpan entstand mit Unterstützung der Experimentellen Universität für Sicherheit (UNES). Sie entwarf eine Politik, die auf Forschung, partizipativer Aktion, einer humanistischeren und empathischeren Umgestaltung der Gesellschaft basierte. Sie ging auf eine Initiative des damaligen Präsidenten Hugo Chávez zurück. Wir von der Universität begannen mit den jungen Leuten in Catia zusammenzuarbeiten. Hier entstand etwas, was nur selten passiert: Die Institution wurde soziale Bewegung. Normalerweise ist es umgekehrt: soziale Bewegungen institutionalisieren sich.

C.: Wir waren von Anfang an ein Kollektiv von Kollektiven: Tanzkollektive, Poesiekollektive und Rapkollektive. Später erhielten wir Unterstützung vonseiten der Universität, die

einen Ansatz sozialer Integration ohne Ausgrenzung verfolgte. I.: Die UNES zielte darauf ab, dass die Polizei mit der urbanen Jugend in Catia und anderen armen Vierteln menschlicher umgeht.

Wie ist die Lebensrealität der Jugendlichen in Catia?

E.: Es ist die immer gleiche traurige Geschichte: Was soll ich tun, gehe ich zu einer Gang oder fange an, Drogen zu verkaufen? Gehe ich klauen und wandere dann in den Knast? Gehe ich zur Polizei oder zum privaten Sicherheitsdienst? Dann habe ich Macht und Waffen, mache aber eine Art legalisiertes Gangstertum. Gehe ich zur Schule, mache ich meinen Abschluss, bekomme keinen Job und verdiene nichts? Oder gehe ich weg?

Welche Angebote hat Paranpanpan entwickelt, um auf die Situation der Jugendlichen zu reagieren?

E.: Die Arbeit von Paranpanpan zielte auf alle Lebensbereiche der Jugendlichen von Catia, von Sport bis Kultur, denn es gibt hier viele Talente. Solange Paranpanpan normal funktionieren konnte, war die künstlerische Arbeit immer die direkteste Aktion, die sichtbarste. Hier kamen verschiedene Künstler*innen und Kunst-Kollektive zusammen.

I.: Es gab Skateboarding-Wettbewerbe, Open-Mic-Rap-Battles, Arbeit mit Videos, Graffiti und vieles andere.

E.: Ein großes Problem ist nach wie vor Gewalt an Schulen. Mit dem Ansatz der Aktionsforschung sind wir in die öffentlichen Schulen gegangen, um über die verschiedenen Formen von Gewalt zu sprechen und gemeinsam mit Schüler*innen und Lehrer*innen Verhaltensregeln zu erarbeiten. Es wurde gemeinsam reflektiert und debattiert. Daraus wurden mit den Jugendlichen Wandbilder entwickelt, die die Vorstellungen vom Zusammenleben ohne Gewalt darstellen.

Und nicht zu vergessen die Paranpan-Partys, in erster Linie ein Treffpunkt für Information und Debatte. Es gab Essen und Hip-Hop-Kultur. Hier kamen die Eigenheiten von Caracas zusammen.

I.: Das Party-Format ist aus dem Bedürfnis entstanden, mit dem Viertel und den Jugendlichen eine direkte Begegnung zu schaffen. Es war der ideale Raum, um zu zeigen, dass jede Art von kulturellem Geschmack in der Nachbarschaft erlaubt ist. Hier durften sich alle beteiligen, der Rocker, der Rapper, der

Rastafari. Hier tanzte ein junger Mann mit der Empanadas-Verkäuferin, hier tanzt der schwarz gekleidete und geschminkte Gothic-Typ Salsa. Das war das Format, das uns am besten gefiel, weil es wirklich alle zusammenbrachte.

E.: Als Chávez starb und die staatliche Unterstützung versiegte, änderte sich viel. Dazu kamen die Wirtschaftskrise, Inflation, Sanktionen und die Migrationskrise. Paranpanpan war Repression und Zensurmaßnahmen ausgesetzt. So begann die Phase der Selbstverwaltung.

Was bedeutet es in Venezuela, mit diesen vielen Krisen zu leben?

C.: Natürlich gibt es eine humanitäre Krise. Es gibt Hunger, soziale Ungleichheit, Gewalt, die sich weiter verschlimmert. Ich möchte das aber nicht als neues Phänomen verstehen. Als es den zivilisatorischen Zusammenstoß zwischen Spanien und Venezuela gab, wurde das nicht als humanitäre Krise bezeichnet, als ethnische Säuberung, als ein brutaler Umgang mit der afrikanischen Diaspora. Es war aber genau das. Es gibt eine Kontinuität dieser durch Gewalt erzeugten humanitären Krise. Vor allem aufgrund des Interesses an Rohstoffen.

E.: Bis 2017 hatten wir in Venezuela einen demographischen Bonus. Die Bevölkerung war größtenteils jung, unter 35. Diese Bevölkerung ist seit 2018 migriert, zu Fuß, mitten in der Pandemie, durch den Darién. Die jungen produktiven Kräfte wanderten aus. Die Migration wurde durch die Unterdrückung erzwungen, die ganz offensichtlich mit Klassismus und Rassismus verbunden ist.

J.: Venezuela hat ganz klar eine Migrationskrise. In wenigen Jahren sind so viele Venezolaner*innen nach Kolumbien ausgewandert, wie in 30 Jahren Kolumbianer*innen hierher gekommen sind. Wir haben historisch betrachtet viele Verkehrs-, Familien- und Arbeitsbeziehungen zwischen Venezuela und Kolumbien. Eine weitere Facette ist die Migration vom Land in die Stadt. Vor allem aus den Anden und dem Landesinneren ziehen die Leute in die Hauptstadt und den angrenzenden Bundesstaat.

E.: Gleichzeitig migrieren mehrheitlich die Menschen aus den Bundesstaaten des Landesinneren durch den Darién. Und in diesen Regionen werden traditionell Nahrungsmittel angebaut, was nun immer weniger passiert.

C.: Heute sind viele unserer Compañeros und Compañeras von Paranpanpan im Ausland: in Kolumbien, Peru, Chile, Argentinien oder Brasilien. Andere sind in den USA.

I.: Meine persönliche Krise begann mit der Wirtschaftskrise, nachdem ich meinen Job als Filmemacherin verlor. Im Jahr 2018 ergab sich die Gelegenheit, nach Kolumbien zu gehen. Ich saß alleine in Bogotá, ohne Familie, ohne Freunde. In den kolumbianischen Medien gibt es in den letzten Jahren eine fremdenfeindliche Kampagne gegen die venezolanische Frau, die als Prostituierte dargestellt wird. Das ist ungerecht, denn in Venezuela haben wir die Kolumbianer*innen jahrelang mit offenen Armen empfangen.

Ich musste in der Informalität mit dem Verkauf von Empanadas überleben und die Kälte ertragen. Es war ein physischer und mentaler Schock. Zu Hause in Venezuela hatte ich mich ermächtigt gefühlt und mich gegen dumme Anmachen verteidigt. In Kolumbien musste ich mir gefallen lassen, dass ein Taxifahrer fragte, was mein Preis für eine Nacht sei. Das ist mir unzählige Male passiert, neben anderen gewaltvollen Erfahrungen. Ich, eine 32-jährige professionelle Filmemacherin, war dort durch Fremdenfeindlichkeit auf ein Nichts reduziert. Ich erlebte, was Ablehnung ist, was es heißt, Menschen die Tür vor der Nase zuzuschlagen.

Bis heute migrieren tausende Venezolaner*innen, einige kehren zurück, was unter anderem an einer vorsichtigen wirtschaftlichen Erholung liegt. Wie ordnet ihr die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Zeit ein?

J.: Eine neoliberale Restauration liegt in der Luft. Sie geht einher mit dem, worunter wir auf individueller Ebene leiden, nämlich einer Krise der Arbeit und der Menschenrechte im Allgemeinen. Staat und Privatsektor behandeln die Arbeitnehmer*innen auf ähnlich aggressive Art und Weise.

C.: Es ist eine neoliberale Restauration mit rotem Anstrich.

E.: Natürlich musste etwas getan werden. Es gab Investitionen für kleinere Unternehmen, um die Wirtschaft anzukurbeln. Aber was hier passiert, ist verrückt. Du kannst alles kaufen, wenn du genügend Geld hast. Aus Ländern wie der Türkei, dem Iran oder Italien ist Investitionskapital geflossen. Darauf sollte das Land vorbereitet werden. Heute gibt es opulente Restaurants, Läden für Luxusautos, riesige Gebäudekomplexe. Das sind Gentrifizierungsprozesse.

Wie geht es weiter mit Paranpanpan?

I.: Im Oktober 2022 bekam ich mit, dass Paranpanpan wieder im Kommen ist, und ich beschloss, nach Caracas zurückzugehen. Jetzt bin ich wieder mit meiner Familie und meinen Compañeros zusammen, statt allein und deprimiert als Migrantin in Kolumbien zu leben.

C.: Wir planen neue Aktivitäten, etwa einen selbstverwalteten Verlag. Wir stellen Bücher aus recyceltem Papier her und wollen die Jugendlichen ermutigen, nicht nur Bücher zu lesen, sondern auch zu schreiben. Denn wir haben viele Geschichten zu erzählen.

E.: Tatsächlich wurde der Ansatz von Paranpanpan Teil der Politik, die als „Misión jóvenes del barrio“ bekannt wurde. Allerdings ohne die Pionierarbeit von Paranpanpan anzuerkennen. Diese „Misión“ hat unsere Arbeit kopiert, aber auf eine institutionalisierte, assistenzialistische und bürokratische Art und Weise durchgeführt, die so nicht auf die Bedürfnisse der Jugend reagieren kann.

C.: Das Wichtigste ist, den Jugendlichen hier eine Stimme zu geben, die sonst keine Stimme haben. Mit all unseren Unzulänglichkeiten, mit unseren Soundboxen mit kaputten Kabeln und mit dem alten Mikrofon. Unser Open Mic ist offen für jeden kulturellen Ausdruck. ■



Publikationen des
FDCL e.V.
PDF-Download:
www.fycl.org
Bestellung:
info@fycl.org



Der FDCL-Podcast. Zu hören auf allen gängigen Plattformen



www.ila-web.de

Impressum

Dossier „Gewalt – überwinden“

Mit freundlicher Unterstützung der LEZ Berlin und gefördert durch Engagement Global mit Mitteln des BMZ

Für den Inhalt dieser Publikation sind allein die Herausgeber*innen (FDCL e.V., Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin und ila e.V., Heerstraße 205, 53111 Bonn) verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt der LEZ Berlin oder von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit wieder. V.i.S.d.P. Britt Weyde

